

DAS REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

DIE POLITIK FÜR DEN WECHSEL IN NIEDERSACHSEN

Entwurf

Beschluss der Programmkommission
der SPD-Niedersachsen am 8.10.2012

1	I.	NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK	3
2			
3		1. Politik mit Mut zur Zukunft	3
4		2. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft	5
5			
6			
7	II.	NEUE BILDUNGSPOLITIK SORGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT	8
8			
9		1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft	8
10		2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben	9
11		3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts	11
12		4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!	13
13		5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens	14
14		6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft	14
15			
16			
17	III.	NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG	17
18			
19		1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke	17
20		2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft	17
21		3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt	18
22		4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen	19
23		5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum	21
24		6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet	23
25		7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität	25
26		8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte	25
27		9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte	26
28			
29			
30	IV.	NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH	28
31			
32		1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt	28
33		2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung	29
34		3. Jugend – Politik mit der Jugend	30
35		4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe	31
36		5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile	32

37	V.	NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT	33
38			
39		1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten	33
40		2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen	34
41		3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention	35
42		4. Gute Pflege für alle	37
43		5. Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten	38
44		6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation	39
45		7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche	40
46		8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität	40
47			
48			
49	VI.	NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK	
50		FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE	42
51			
52		1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts	42
53		2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen	42
54		3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen	44
55		4. Polizei der Bürger* – Garant für öffentliche Sicherheit und Ordnung	44
56		5. Rechtsextremismus – mit allen Mitteln dagegen	45
57		6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft	46
58		7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen	47
59		8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft	49
60		9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten	49
61			
62			
63	VII.	NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN	51
64			
65		1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik	51
66		2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt	52
67		3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik	53
68		4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren	54
69		5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft	55
70		6. Netzinfrastuktur – sensible Daseinsfürsorge	57
71			
72			
73	VIII.	NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN	59
74			
75		1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur	59
76		2. Schwarz-Gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich	60
77		3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft	61
78		4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft	62
79		5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen	62
80		6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“	63

* Die SPD verfolgt das Ziel des Gender-Mainstreaming. Wenn in diesem Text auf Schrägstriche und Binnen-I's verzichtet wird, dann ist das kein politisches Statement, sondern der leichteren Lesbarkeit geschuldet.

81 I. NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK

82
83

84 Der Bevölkerungs- und Strukturwandel wird unsere Gesellschaft tiefgreifend und umfassend
85 verändern. Der Druck auf gewachsene Strukturen stellt unser Zusammenleben unter völlig
86 neue Vorzeichen. Diese Veränderung ist ebenso ökonomisch wie sozial brisant. Es ist auf
87 absehbare Zeit eine beherrschende politische Herausforderung für die Politik unseres
88 Landes.

89

90 Wie bei den meisten anderen politischen Aufgaben, von deren Lösung die Zukunft
91 Niedersachsens und seiner Regionen abhängt, gibt die CDU/FDP-Landesregierung auch
92 beim Umgang mit dem demografischen Wandel keine Orientierung und verharrt im
93 politischen Stillstand: ohne Konzept und Gestaltungswillen in der Wirtschafts- und
94 Arbeitsmarktpolitik. In der Bildungspolitik mit dem Ballast alter ideologischer Barrieren statt
95 sozialer Gerechtigkeit. Finanzpolitisch verantwortlich für den größten Schuldenanstieg in der
96 Geschichte des Landes und sozialpolitisch für soziale Kälte. Energiepolitisch ohne wirklichen
97 Willen, ernst zu machen mit Atomausstieg und Energiewende. Wo Zukunftskonzepte
98 erforderlich und klares Handeln gefragt wären, schweigt Schwarz-Gelb, sitzt aus und lenkt
99 ab.

100

101 Eine solche Politik ohne Gestaltungskraft und Perspektive wirkt lähmend. Ausgrenzung wird
102 zur gesellschaftlichen Erfahrung, nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Eltern in
103 Niedersachsen können noch immer nicht darauf vertrauen, dass für ihr Kind ein Krippenplatz
104 zur Verfügung steht. Leider müssen junge Menschen in der Schule, beim Studium oder in
105 der Ausbildung schnell erfahren, dass soziale Chancengleichheit und gleiche Bildungs- und
106 Berufschancen noch immer nicht gelten. Schnell können sie dann beim Einstieg ins
107 Berufsleben zu Opfern eines gespaltenen Arbeitsmarkts werden: wenn es ihnen selbst bei
108 guter Qualifikation nicht gelingt, eine Beschäftigung mit verlässlicher Perspektive zu finden.

109

110 Wir Niedersachsen stellen fest, dass die Politik der schwarz-gelben Regierung nicht auf die
111 persönlichen Bedürfnisse und Belange der Bürger eingeht. Es ist deprimierend für Frauen,
112 dass der Weg zu echter Partnerschaft in der Familie, Gleichberechtigung und wirtschaftlicher
113 Gleichstellung noch steiniger geworden ist. Auch Jugendliche vermissen Teilhabe und neue
114 Formen der Mitbestimmung. Obwohl die Zahl der älteren Mitbürger steigt, vermitteln
115 konservative Lebensmodelle vor allem die Aussicht auf Ruhestand und Schaukelstuhl anstatt
116 auf einen neuen aktiven Lebensabschnitt.

117

118 Ungelöste Probleme sind das Markenzeichen von Schwarz-Gelb: Wer denkt angesichts der
119 Situation in der Gesundheitsversorgung und des Notstands in der Altenpflege nicht mit Sorge
120 an mögliche Erkrankung oder gar drohende Pflegebedürftigkeit? Wer beobachtet nicht mit
121 Skepsis die unsoziale Kostenentwicklung bei der Energiewende oder in der
122 Wohnraumversorgung? Wer hat nicht den finanziellen Kollaps von Kommunen und Kreisen
123 vor Augen, den damit verbundenen Investitionsstau bei Infrastruktur und Daseinsvorsorge?
124 Wer empfindet nicht Beklemmung beim Stillstand in der Integration von Menschen mit
125 Migrationshintergrund – und dem gleichzeitigen Auftrumpfen der Rechtsradikalen?

126

127

128

129 **1. Politik mit Mut zur Zukunft**

130

131 Damit muss Schluss sein. Niedersachsen braucht endlich wieder eine Politik mit positiven
132 Perspektiven. Niedersachsen braucht eine neue Politik, die der Gesellschaft und den
133 Menschen wieder Mut und Lust auf Zukunft macht. Eine Zukunft, die auf der Grundlage
134 eines gesicherten sozialen Wertesystems Vorsorge trifft, gerechte Rahmenbedingungen und
135 Chancengleichheit schafft, alle mitnimmt, keinen ausgrenzt oder gar zurücklässt.

136 Niedersachsen braucht eine kraftvolle Politik, um die wachsenden Herausforderungen auf
137 beinahe allen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern zu meistern.

138

139 Niedersachsen braucht die richtige Politik für den Wechsel:

140

141 ◆ Entscheidend ist es dabei, den demografischen Wandel ohne Verlierer zu
142 gestalten.

143

144 ◆ In der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt muss Chancengleichheit für alle
145 hergestellt werden.

146

147 ◆ Wirtschaft und Wissenschaft brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für
148 zukunftsfähige Innovationen.

149

150 ◆ Die Energiewende muss endlich ernsthaft angepackt werden und für die
151 Erneuerbaren Energien gilt es, sozial verträgliche, stabile Versorgungsstrukturen zu
152 entwickeln.

153

154 ◆ Die Umweltpolitik muss im sozialen Gleichgewicht Ökologie und Ökonomie
155 ausbalancieren.

156

157 ◆ Die Inklusion, die vollständige gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und
158 ohne Behinderung, ist längst überfällig.

159

160 Die neue Politik für Niedersachsen will keine Verlierer – weder in der Gesellschaft, noch in
161 der Fläche des Landes. Klare Prioritätensetzung und durchdachte Hilfestellungen werden als
162 zentrale Aufgabe künftiger Strukturpolitik verhindern, dass ganze Regionen und ihre
163 Bewohner von Entwicklung und Fortschritt abgehängt werden. Deshalb muss die drohende
164 Spaltung des Landes quer durch alle Politikfelder verhindert werden. Unser Ziel ist es, die
165 öffentliche Präsenz in den Regionen unseres Landes mit dezentraler Gestaltungs- und
166 Entscheidungsbefugnis zu stärken. Damit sollen positive Entwicklungen eingeleitet und eine
167 Dynamik des Fortschritts zu unterstützt werden.

168

169 Klare Signale sind auch angesichts der anhaltenden Finanzkrise gefragt. Wir werden im
170 Bundesrat mit aller Kraft dafür eintreten, dass die Verursacher endlich angemessene
171 Beiträge zur Bewältigung der Krise leisten und die Finanzmärkte reguliert werden.

172

173 Durch die Finanzkrise ist der Zusammenhalt in Europa und damit die Bedeutung der
174 Europäischen Union gewachsen. Ein Großteil der für den Alltag in Niedersachsen wichtigen
175 Gesetzgebungen wird inzwischen in Brüssel entschieden. Dieser wachsenden Bedeutung
176 entspricht die SPD mit einem neuen, starken Landesministerium für Europa, regionale
177 Entwicklung und Landwirtschaft. Es wird den regionalen Strukturwandel in Niedersachsen
178 begleiten, als Ansprechpartner für Europafragen im Land dienen und die niedersächsischen
179 Interessen in Brüssel aktiv vertreten: ob bei der Entwicklung des Agrarlands Niedersachsen,
180 beim VW-Gesetz, den Interessen von Sparkassen und Volksbanken oder den
181 Sozialstandards auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft.

182

183 Die neue Politik für Niedersachsen hängt entscheidend vom finanziellen
184 Gestaltungsspielraum des Landeshaushalts ab. Schwarz-Gelb hat den Schuldenstand des
185 Landes im vergangenen Jahrzehnt um 50 Prozent erhöht. Bald 60 Milliarden Euro und die
186 damit verbundenen Zins- und Tilgungslasten sowie die künftige Schuldenbremse lassen
187 keine weitere Verschlechterung der Einnahmehasis zu. Deshalb schließt die SPD weitere
188 Steuersenkungen oder gar Steuergeschenke aus.

189

190 Um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, muss der Landeshaushalt
191 nachhaltig konsolidiert werden. Es ist aber auch Zeit für klare Schwerpunktsetzung und

192 gezielte Investitionen: für bessere Bildung, also bessere Qualität in Krippen, Kitas, Schulen
193 und Hochschulen; für notwendige Infrastrukturprojekte wie den Netzausbau zum
194 Energietransport; für eine flächendeckende Breitband-Versorgung und für eine moderne
195 Verkehrsinfrastruktur.

196
197 Deshalb kämpfen wir auch für mehr Steuergerechtigkeit auf der bundespolitischen Ebene,
198 beispielsweise um die Erhöhung des individuellen Spitzensteuersatzes; aber auch um die
199 Rücknahme von Steuervergünstigungen für Konzerne, Erben und Hoteliers oder um eine
200 Erbschaftssteuer für große Vermögen. Damit verbundenen Verbesserungen der staatlichen
201 Einnahmen im Milliardenbereich kommt nicht nur eine fiskalische Bedeutung zu. Sie wird als
202 gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung auch das Bekenntnis zu einem
203 leistungsfähigen Staat und zu sozialer Gerechtigkeit widerspiegeln.

204
205 Gleichzeitig wird die SPD deutlich sagen, wofür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.
206 Wir machen keine leeren Versprechungen, sondern sprechen Klartext. Diese Verlässlichkeit
207 wird das politische Handeln einer künftigen sozialdemokratischen Landesregierung
208 kennzeichnen. Die intensive Arbeit daran steht für uns jetzt an, es geht um eine
209 einschneidende Veränderung für die Politik. Bei diesem „Paradigmenwechsel“ und auf dem
210 Weg zu verantwortungsbewusstem finanziellen Handeln werden wir alle Bürger, Vereine,
211 Verbände, Institutionen in einem gemeinsamen Dialog mitnehmen.

212
213 Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen neuen Anlauf für einen parlamentarischen
214 und gesellschaftlichen Zukunftsdialog über eine nachhaltige Haushaltspolitik unternehmen.
215 Dies schließt ausdrücklich die parteiübergreifende Konsenssuche und konkrete
216 Verabredungen zur Umsetzung der Schuldenbremse ein. Wir werden eine
217 Finanzkommission der Regierung, des Landesparlaments und der Kommunen einrichten, die
218 den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen führt: um Problemlösungen, Effizienzen und
219 Spielräume für zukünftige Haushalte auszuloten.

220
221 Genauso wichtig ist der Dialog mit Beschäftigten, Personalräten und Gewerkschaften. Nur so
222 wird es in Zukunft gelingen, Maßnahmen für wichtige landespolitische Handlungsfelder und –
223 notwendigkeiten zu verabreden und öffentliche Beschäftigung in Zukunft zu sichern. Der
224 Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik verlangt neue Wege und erfordert eine neue
225 Kommunikation.

226
227
228

229 **1. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft**

230
231 Niedersachsen braucht nicht nur eine neue, kraftvolle Politik mit innovativer Gestaltungskraft
232 und positiver Perspektive für alle Menschen. Es müssen auch die alten schwarz-gelben
233 Strukturen des Stillstands und der gesellschaftlichen Teilnahmslosigkeit beseitigt werden.
234 Niedersachsen braucht einen zeitgemäßen, transparenten, auf Kooperation und Integration
235 gerichteten, einen neuen Regierungsstil: im Dialog mit der Gesellschaft und auf Augenhöhe
236 mit den Bürgerinnen und Bürgern.

237
238 Für die SPD heißt Regieren im 21. Jahrhundert nicht, auf Sicht zu steuern, sondern die
239 Zukunft fest im Blick zu haben. Die Geschwindigkeit von Entwicklungen und die
240 Krisenanfälligkeit kurzatmiger Entscheidungen engen im Zeitalter von Globalisierung,
241 weltweiter Kommunikation und Datenvernetzung Gestaltungszeit und Gestaltungsmöglichkeit
242 staatlichen und öffentlichen Handelns ohnehin ein. Deshalb sind gesicherte
243 Wertekoordinaten und gefestigte Zielperspektiven nötig, um die Rolle des aktiven,
244 solidarischen Staats zurückzugewinnen.

245
246 Die Auflösung alter Strukturen in der Lebens- und Arbeitswelt erfordern neues Denken und
247 Handeln. Die SPD will vor allem das Primat des politischen Handelns zurückgewinnen, um

248 der Gesellschaft und dem Gemeinwesen neue soziale, demokratische
249 Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Es kann nicht so weiter gehen, dass die permanente
250 Krise der Finanzmärkte Staat und Gesellschaft in andauernde Geiselnahme nimmt, sie in die
251 Defensive drängt und ihr kurzatmige Reaktionen aufzwingt. Neues Regieren heißt, den
252 aktiven Staat durch tragfähiges Krisenmanagement und zukunftsfähiges Handeln in die
253 Führungsrolle zu bringen.

254
255 Dabei gilt: Was für die Lebensverhältnisse in der kleinsten niedersächsischen Kommune und
256 der größten Metropolregion wichtig ist, ist auch für Deutschland, Europa und auch global
257 entscheidend: vor allem soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf allen Ebenen des
258 staatlichen Handelns wiederherzustellen – und damit die Voraussetzungen für
259 weitestgehend gleiche Lebensverhältnisse aller Menschen zu schaffen.

260
261 Das Versprechen von Offenheit, Transparenz und Gerechtigkeit im Verwaltungshandeln
262 kann dabei nur eine Seite der Medaille sein. Nach Überzeugung der SPD braucht das neue
263 Regieren darüber hinaus viele kluge Köpfe – über Kabinett, Parlament und Partei hinaus.
264 Deshalb wird eine SPD-Landesregierung alle Teile der Gesellschaft einladen, mitzuarbeiten
265 an einem zukunftsfähigen Niedersachsen: Sozialverbände und Wohlfahrtsverbände,
266 Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Selbsthilfegruppen.

267
268 Die SPD ist eine offene Partei, die einen neuen gesellschaftspolitischen Dialog sucht, einen
269 Aufbruch aus dem Korsett konservativ-liberaler Arroganz, Ausgrenzung und Privilegierung.
270 Es muss ein Ende haben mit der politischen Teilnahmslosigkeit und Desinteresse in Teilen
271 der Gesellschaft. Die SPD will die Menschen erreichen und überzeugen, Interesse und
272 Engagement wecken: die Motivation mitzubestimmen, für sich und andere einzutreten. Sie
273 bietet einen ständigen konstruktiven Dialog an – und wird ihn abfordern.

274
275 So kann die Energiewende – ein Beispiel für viele Politikfelder – nur dann gelingen, wenn
276 alles Wissen und alle Kräfte für diese große Aufgabe gebündelt werden. Nicht nur die
277 staatlichen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen, müssen ihr Handeln an dem
278 gemeinsamen Zielausrichten. Auch die engagierten Teile der Gesellschaft,
279 Energiewirtschaft, Industrie und Wissenschaft, Gewerkschaften, Sozial- und
280 Umweltverbände, sind gefordert und verpflichtet, dabei eine aktive, konstruktive Rolle zu
281 übernehmen. Und nicht zuletzt muss auch der Bürger ein gewichtiges Wort am Runden
282 Tisch der Energiewende sprechen können.

283
284 Die Grundlagen heutiger politischer Entscheidungsfähigkeit in einem aktiven Staat, das neue
285 Regieren im Dialog, bestehen nicht nur in solider Werteorientierung, dem Mut zur
286 Entscheidung und dem Abschied von sogenanntem Herrschaftswissen. Auch darf sich der
287 Dialog mit dem Bürger nicht auf gelegentliche Bürgerentscheide beschränken. Ein ernst
288 gemeinter Dialog fordert politisches Engagement ein und erfordert im wahren Sinne des
289 Wortes: Bürgerbeteiligung – die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich das
290 Gemeinwesen wieder aktiv zu eigen zu machen.

291
292 Mit ihrem Regierungshandeln wird die SPD in Niedersachsen dazu anstoßen. Dialog,
293 Kooperation, Teilhabe und Mitbestimmung sind erforderlich, um das Land und die
294 Gesellschaft neu zu gestalten.

295
296
297 Das vorliegende Programm für die Regierungsverantwortung der SPD beschreibt die großen
298 Ziele einer neuen Politik für Niedersachsen und seine Menschen. Es ist ein Dokument des
299 Gestaltungswillens in der Tradition des sozialdemokratischen Wertekanon von Freiheit,
300 Gerechtigkeit und Solidarität.

301

302 Der politische Wechsel in Niedersachsen ist überfällig und es gilt, ihn anzupacken. Insofern
303 sind die Landtagswahlen am 20. Januar 2013 ein Signal des Aufbruchs: nicht nur für die
304 SPD, sondern für alle Teile der Gesellschaft.

305 II. NEUE BILDUNGSPOLITIK BÜRGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

306

307

308 1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft

309

310 Sozialdemokratische Bildungspolitik will für alle Kinder und Jugendliche Chancengleichheit
311 durch intensive Förderung ihrer Talente und Fähigkeiten herstellen. Das ist nur dann zu
312 erreichen, wenn gute Lernbedingungen den Bildungswillen der Heranwachsenden stärken
313 und ermutigen. Ein hoher Bildungsstandard ist Voraussetzung für eine erfolgreiche
314 Berufsausbildung und für die Entwicklung selbstbewusster Persönlichkeiten, die sich aktiv
315 am kulturellen, sozialen und politischen Leben beteiligen können.

316

317 Die SPD geht davon aus, dass alle Menschen im Grundsatz wiss- und lernbegierig sind.
318 Chancen verwirklichen sich aber nicht von selbst. Jede demokratische und hoch entwickelte
319 Gesellschaft muss an ihre Mitglieder Leistungsanforderungen stellen, auf deren Erfüllung
320 achten und die jungen Menschen in diesem Sinne erziehen. Ein solches
321 Leistungsverständnis bedeutet jedoch nicht, soziale Zusammenhänge menschlicher Tätigkeit
322 vollständig auszublenden, der die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und
323 Lebenserfüllung einengt und Ausdruck eines auf die Spitze getriebenen Konkurrenzprinzips
324 ist.

325

326 So gesehen ist ein guter Bildungsstand der Gesellschaft die beste Voraussetzung für eine
327 gute Entwicklung des Landes. Das gilt für die individuellen Entfaltungschancen. Das gilt aber
328 ebenso für die Wirtschaft und ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Gute Bildung ist
329 die Basis einer innovativen, demokratischen und sozialen Gesellschaft – und zugleich die
330 Chance auf wirtschaftliche Prosperität. Die Anstrengungen für eine gute Bildung beginnen im
331 frühkindlichen Stadium, in der Krippe und Kita, umfassen Schule, Hochschule, Ausbildung
332 und schließen Erwachsenenbildung ein.

333

334 Sozialdemokratische Bildungspolitik wird daher

335

336 ◆ für eine bedarfsgerechte verlässliche und qualitätsvolle frühkindliche Erziehung
337 und Bildung in Kindertagesstätten eintreten.

338

339 ◆ die schrittweise Umwandlung aller allgemeinbildenden Schulen in
340 Ganztagschulen vorantreiben.

341

342 ◆ für alle Bildungseinrichtungen die Inklusion voranbringen und dazu die
343 notwendigen Voraussetzungen schaffen.

344

345 ◆ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten
346 Familien fördern, um ihre Chancen zu verbessern.

347

348 ◆ die Errichtung von Gesamtschulen am Elternwillen ausrichten.

349

350 ◆ die berufliche Bildung fördern, um den skandalös hohen Anteil von scheiternden
351 Jugendlichen zu senken.

352

353 ◆ Initiativen ergreifen, um Fehlanreize wie das Betreuungsgeld zu verhindern.

354

355 ◆ eine moderne Lehrerausbildung und neue pädagogische Kooperationsmodelle
356 gewährleisten;

357

358 ◆ die Hochschulen öffnen und eine solide Finanzierung von Lehre und Forschung
359 sichern.

360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414

Die schwarz-gelbe Koalition hat dem Land Bildungsarmut beschert. Das wird am deutlichsten beim Analphabetismus – fast jeder zehnte Niedersachse hat Probleme beim Lesen und Schreiben. Mehr als 5.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne Hauptschulabschluss. Um die 40.000 junge Leute stehen ohne Ausbildungsberuf da. All das wirft ein erschreckendes Licht auf das Bildungssystem des Landes und auf die Bedingungen, unter denen viele junge Menschen aufwachsen.

In Regie von Schwarz-Gelb verhindert die Schulstruktur noch immer stärker als in anderen Bundesländern die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen – fast zwölfmal mehr Kinder müssen die Schulform abwärts wechseln als umgekehrt. Noch immer haben Kinder aus oberen Sozialschichten eine mehr als fünffach bessere Aussicht auf das Gymnasium als Kinder aus sogenannten einfachen Verhältnissen. Noch immer ist der Weg an die Hochschulen für Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien sehr steinig – und durch Studiengebühren ist er für viele ganz verbaut.

Niedersachsen muss die Bildungspotenziale aller jungen Menschen besser fördern und das Bildungsgefälle abbauen:

- durch mehr Bildungsqualität auf allen Ebenen – von der Kita bis zur Hochschule;
- durch Chancengleichheit für alle, besonders für sozial Benachteiligte und junge Menschen mit Behinderung (Inklusion);

2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben

Die SPD wird alle ideologischen Grabenkämpfe um Bildung, Ausbildung und Schule beenden und die Zukunft der Kinder in den Mittelpunkt rücken. Ihr bildungspolitisches Ziel Nr. 1 lautet: Alle Schüler müssen nach Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule ausbildungsfähig sein. Eine gute Schulbildung garantiert gute Startchancen ins Berufsleben. Die Grundlagen dafür werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Frühkindliche Förderung ist ein Türöffner für erfolgreiche Bildungslaufbahnen. Doch der Mangel beginnt schon bei der Versorgungsquote mit Krippenplätzen. Hier liegt Niedersachsen mit 19,1 Prozent für Kinder unter drei Jahren im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz.

Eine SPD-Landesregierung will deshalb:

- den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren;
- ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern vorlegen;
- den Personalschlüssel in Krippen verbessern;
- Kita-Gruppengrößen für Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren;
- die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule stärken.
- die Inklusion auch in der frühkindlichen Bildung umsetzen.

Auf allen Ebenen der schulischen Bildung folgt die SPD dem Leitbild „Gute Schule“. Nach diesem Leitbild soll die niedersächsische Schullandschaft bedarfsgerecht und regional

415 anpassungsfähig gestaltet werden, sie soll individuelle und soziale Chancengleichheit
416 eröffnen und damit durchlässig werden. Dies schließt ebenfalls auf allen Ebenen der
417 frühkindlichen und schulischen Bildung die Inklusion, den gemeinsamen Schulbesuch von
418 Kindern mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit ein. (siehe dazu Kapitel V.1).
419

420 Eine SPD-Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich:

421
422 ■ in einem Aktionsprogramm Schritte und zeitlichen Rahmen der inklusiven Bildung
423 festlegen. Es wird im Dialog mit den Betroffenen, Eltern, kommunalen
424 Spitzenverbänden, Landesbehindertenbeauftragten und Verbänden entwickelt.
425

426 ■ im Kultusministerium einen „Inklusionsbeirat“ einrichten, um die Auswirkungen
427 des Gesetzes zur Einführung der inklusiven Schule zu begleiten.
428

429 ■ in allen Kindertagesstätten und Schulen bedarfsgerecht Personal sicherstellen
430 und die Gruppen- und Klassengrößen deutlich senken.
431

432 ■ ein Investitionsprogramm über die Barrierefreiheit für eine inklusive
433 Ganztagsgrundschule als Teilfinanzierungsprogramm für Schulträger auflegen
434

435 Fundament der „Guten Schule“ ist eine Lehrerbildung, die an die veränderten
436 Schulwirklichkeit angepasst ist – an neue Familien- und Erziehungsstrukturen, heterogenere
437 Zusammensetzung der Klassen, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und
438 die Verwirklichung der Inklusion. Mangelnder Praxisbezug im Studium oder Probleme beim
439 Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium müssen der Vergangenheit angehören.
440

441 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

442
443 ■ ein Lehrerbildungsgesetz auf den Weg bringen, um die Lehrerbildung praxisnah
444 zu modernisieren. Lehrkräfte müssen die Kompetenz erwerben, sich am Förderbedarf
445 der einzelnen Schüler auch im Rahmen der Inklusion zu orientieren.
446 Fakultätsübergreifende Zentren für Lehrerausbildung und Schulforschung an den
447 Universitäten sollen diese Ausbildungsziele sichern.
448

449 „Gute Schule“ fördert Teamwork und eine kooperative Arbeitsweise als moderne Formen von
450 Leistungsprüfung. Sie ergänzt das pädagogische Konzept mit präventiver Hilfestellung durch
451 Sozialarbeiter, Psychologen und Beratungslehrern für alle Schulformen.
452

453 ❖ **Grundschule**

454
455 Grundschulen sind das Fundament jeder guten Bildung. Deshalb stehen sie bei der
456 Einführung qualitativer hochwertiger Ganztagschulen an erster Stelle.
457

458 Eine SPD-Landesregierung wird:

459
460 ■ dafür eintreten, dass die pädagogische Arbeit an den Grundschulen an einer
461 optimalen Förderung jedes einzelnen Kindes ausgerichtet wird.
462

463 ■ ein Konzept für kleine und kleinste Grundschulstandorte erarbeiten, nach dem die
464 Anrechnungsstunden für Schulleitungen bei der Schulzusammenlegung erhalten
465 bleiben und die Lehrersollstunden anteilig als Vertretungsreserve für eine
466 Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel verwendet werden.
467
468
469
470

471 ❖ **Integrierte und kooperative Gesamtschule**

472

473 Die Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen wird rückgängig gemacht.

474

475 Eine SPD-Landesregierung wird:

476

477 ■ die Fünfzügigkeit als Voraussetzung für Gesamtschulen abschaffen und
478 stattdessen Vier-, in Ausnahmefällen auch Dreizügigkeit zulassen.

479

480 ■ das Abitur nach neun Jahren an Gesamtschulen wieder einführen.

481

482 ■ kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und zur
483 schulzweigübergreifenden Arbeit geben.

484

485 ❖ **Oberschule**

486

487 Wenn Eltern und kommunale Schulträger es wünschen, werden Oberschulen auch künftig
488 möglich sein.

489

490 ❖ **Gymnasium**

491

492 Gymnasien genießen große Akzeptanz bei Eltern und Schülern. Dort kann das Abitur auch
493 nach acht Jahren abgelegt werden. Damit bleibt das Angebot bestehen, mit Gesamtschule
494 oder Gymnasium unterschiedliche Geschwindigkeiten zum Abitur zu wählen. Eine
495 sozialdemokratische Landesregierung wird außerdem prüfen, ob die Oberstufe so reformiert
496 werden kann, dass Schüler nach eigenem Ermessen das Kurssystem der Oberstufe in zwei
497 oder drei Jahren durchlaufen können.

498

499 ❖ **Ganztagsschule**

500

501 Die SPD will es allen Schulen ermöglichen, echte, gebundene Ganztagsschulen zu werden.
502 Da dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in einem Schritt zu
503 leisten ist, wird der Ausbau einem Prioritäten- und Stufenplan folgen. Dabei finden
504 Grundschulen neben integrierten Gesamtschulen vorrangig Berücksichtigung. Ebenfalls
505 Priorität werden Schulen mit hohem Bedarf an Ganztagsbetreuung mit vollwertiger
506 Förderung erhalten. Dies sind Schulen, die von vielen Kindern mit Migrationshintergrund
507 oder mit erhöhtem Armutsrisiko besucht werden.

508

509 Eine SPD-Landesregierung wird:

510

511 ■ alle Integrierten Gesamtschulen und vorrangig auch die Grundschulen zu
512 Ganztagsschulen ausbauen.

513

514 ■ Möglichkeiten ausloten, für Ganztagsschulen eine enge Kooperation mit
515 benachbarten Horten einzurichten.

516

517

518

519 **3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts**

520

521 Hochschulen sind Orte des Wissens und der gesellschaftlichen Orientierung. Sie dienen der
522 Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt. Hochschulen sind Zukunftswerkstätten
523 für Innovationen, bilden hochqualifizierte Fachkräfte aus, sichern den wissenschaftlichen
524 Nachwuchs und fördern den internationalen Austausch. Ihre Leistungsfähigkeit, ihre
525 Lösungs- und Gestaltungskompetenz sind entscheidend für die Entwicklung des Landes.
526 Investitionen in Wissenschaft und Bildung haben deshalb für die SPD Priorität.

527
528 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat Forschung und Lehre vernachlässigt.
529 Niedersachsen bildet zu wenige Akademiker aus. Trotz Hochschulpakt fehlen Studienplätze,
530 besonders an den Fachhochschulen. Das Festhalten an Studiengebühren treibt jedes Jahr
531 Studierwillige über die Landesgrenzen und verschärft so den Fachkräftemangel.
532 Niedersachsen schneidet im Bundesvergleich bei der Qualifikation seiner Beschäftigten
533 ebenso unterdurchschnittlich ab wie bei der Innovationskraft seiner Wirtschaft. Diesen Trend
534 will die SPD durch Öffnung der Hochschulen umkehren.
535

536 Unter der schwarz-gelben Landesregierung haben Senate und Selbstverwaltungsgremien an
537 den Hochschulen zunehmend an Einfluss verloren. Die SPD bekennt sich zu Hochschulen
538 als Orte, an denen Demokratie erfahren und gesellschaftliche Verantwortung gelebt werden
539 kann. Die verfasste Studentenschaft ist Kern der Selbstverwaltung der Studierenden.
540

541 Die SPD bekräftigt die staatliche Verantwortung für die Hochschulen. Es wird unter ihrer
542 Regierungsverantwortung wieder eine Landeshochschulplanung geben mit dem Ziel, die
543 Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Niedersachsen zu stärken und die
544 öffentlichen Mittel effizient für ein bedarfs- und zukunftsgerichtetes Bildungsangebot
545 einzusetzen.
546

547 Hochschulen sind die Kraftwerke des Fortschritts. Doch richtig unter Dampf stehen sie nur,
548 wenn sie allen jungen Menschen offen stehen; wenn alle die gleichen Chancen auf ein
549 Studium erhalten; wenn Forschung und Lehre in einem Klima von Kooperation und
550 Kommunikation stattfinden können; wenn der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere
551 junge Frauen, gesicherte Berufsperspektiven und familienfreundliche Bedingungen vorfindet;
552 und wenn nicht zuletzt eine langfristig verlässliche Finanzierung der wissenschaftlichen
553 Einrichtungen gesichert ist.
554

555 Eine SPD-Landesregierung wird
556

557 ■ die Studiengebühren abschaffen, damit kein junger Mensch aus finanziellen
558 Gründen vom Studium ausgeschlossen bleibt. Der finanzielle Ausfall für die
559 Hochschulen wird zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre ausgeglichen.
560

561 ■ die Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte und für Weiterbildung öffnen.
562 Anrechnungsverfahren der im Beruf erworbenen Kompetenzen werden verbessert
563 und Hochschulen werden dabei unterstützt, für beruflich Qualifizierte neue,
564 berufsbegleitende Studienangebote zu entwickeln. Die offene Hochschule ist für die
565 SPD die Hochschule der Zukunft.
566

567 ■ die Bologna-Studienreform weiterentwickeln und die Defizite in ihrer praktischen
568 Umsetzung beheben. Ziel ist eine zeitlich flexible, an Ausbildungszielen wie
569 Berufsfähigkeit orientierte Studiendauer sowie die Sicherstellung von
570 wissenschaftlichen Freiräumen im Studium. Der Übergang zum Master kommt auf
571 den Prüfstand, starre Quoten sind abzulehnen.
572

573 ■ mehr Geschlechtergerechtigkeit auf allen Stufen des Wissenschaftssystems
574 durchsetzen. Hierzu gehören Gleichstellungsstandards in der Forschungsförderung,
575 ein Juniorprofessorinnen-Programm und die Prüfung einer verbindlichen flexiblen
576 Quote für die Wissenschaft. Geschlechtergerechtigkeit muss endlich zur
577 Selbstverständlichkeit in der Wissenschaft werden.
578

579 ■ den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, die Juniorprofessur als Karriereweg
580 stärken und mit den Universitäten den Ausbau des Tenure Track vereinbaren.
581

582 ■ den Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen abbauen. Es soll
583 möglich sein, in Tarifverträgen Vereinbarungen für mehr unbefristete
584 Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich abzuschließen. Auch in der
585 Wissenschaft gilt das Prinzip „Gute Arbeit“.

586
587 ■ ein Fachhochschulentwicklungsprogramm auflegen und die Potenziale von
588 Fachhochschulen für regionale Entwicklung nutzen. Bestehende Standorte werden
589 ausgebaut und neue Studienangebote vor allem in den anspruchsvollen Erzieher-,
590 Sozial- und Gesundheitsberufen geschaffen. Die Forschung an Fachhochschulen
591 wird besser gefördert und die gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ausgebaut.
592 Hochschulpolitik ist für die SPD auch Standort- und Strukturpolitik.

593
594 Bildung ist für die SPD eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine SPD-Landesregierung
595 wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

596
597 ■ das unsinnige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Wissenschaft
598 und Bildung wieder abgeschafft wird. Zukünftig soll der Bund Schulen und
599 Hochschulen direkt und unbefristet fördern können.

600
601 ■ der gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Hochschulpakt zur Schaffung
602 von Studienplätzen fortgeführt und parallel die soziale Infrastruktur bei den
603 Studentenwerken ausgebaut wird.

604
605
606

607 **4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!**

608
609 Die SPD bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung gemeinsam mit den
610 Ausbildungsbetrieben. Dafür sollen die Angebote der Berufsbildenden Schulen enger dem
611 jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Bedarf folgen.

612
613 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

614
615 ■ die Berufsbildende Schulen gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben zu
616 Kompetenzzentren mit garantierten Qualitätsstandards ausbauen und über starke
617 Bildungsregionen alle Bildungseinrichtungen bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe zu
618 einem Qualifizierungsnetzwerk verknüpfen.

619
620 Alle mitnehmen! Das ist das wichtigste Ziel der SPD bei der Berufsausbildung. Gelingen
621 kann dies nur in enger Kooperation mit den Akteuren in der beruflichen Bildung, den
622 Gewerkschaften und ausbildenden Betrieben. Außerdem will die SPD im engen Austausch
623 mit den Schulträgern ein regionales Übergangsmanagement entwickeln. Sie will
624 Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung geben, die trotz Ausbildungsreife
625 und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen
626 Ausbildungssystem gefunden haben. Gleichzeitig soll die hohe Abbruchquote im ersten
627 Ausbildungsjahr verringert werden .

628
629 Eine SPD-Landesregierung wird dazu folgende Maßnahmen ergreifen:

630
631 ■ spätestens ab Klasse 8 eine intensivere Berufsorientierung der Schüler an allen
632 Schulformen einführen;

633
634 ■ die Schulsozialarbeit auch an den berufsbildenden Schulen ausbauen;

635
636 ■ Ausbau der Schulsozialarbeit;

637

638 ■ für Schulabgänger ohne Lehrstelle die Möglichkeit stärken, in einer
639 Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren. Anschließend sollen die
640 Jugendlichen in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben direkt ins zweite Lehrjahr
641 einsteigen. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle Ausbildungsfähigen.
642

643
644

645 **5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens**

646

647 Die Erwachsenenbildung folgt dem Gesellschaftsbild des lebenslangen Lernens und dient
648 der Entfaltung der Persönlichkeit. Eine SPD-Landesregierung wird die anerkannten
649 Einrichtungen des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) weiter
650 fördern. Fördermittel sollen so eingesetzt werden, dass Bildungsangebote erweitert und neue
651 Zielgruppen erreicht werden.
652

653

654 Die Gestaltung des demografischen Wandels, Integration von Einwanderern, Bekämpfung
655 des Analphabetismus, Unterstützung der Energiewende: Es gibt zahlreiche neue und
656 anspruchsvolle Aufgaben für die Erwachsenenbildung. Mit ihren Qualifizierungsangeboten
657 soll sie die Menschen bei der Bewältigung des komplexen Alltags unterstützen. Auch der
658 Bildungsurlaub wird in diesem Zusammenhang wieder eine stärkere Bedeutung erhalten.

659

659 Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus besonderes Gewicht auf folgende Aufgaben
660 der Erwachsenenbildung legen:
661

662

662 ■ Zusammenarbeit mit Hochschulen bei ihrer Öffnung für Menschen ohne
663 klassischen Hochschulzugang, aber mit Ausbildung und Berufspraxis.
664

665

665 ■ Qualifizierung von Fachpersonal und Tagesmüttern für die frühkindliche und
666 schulische Bildung.
667

668

668 ■ Weiterentwicklung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung zur
669 Dienstleistungs- und Planungsagentur. Sie soll die inhaltlichen Schwerpunkte und die
670 Aufgaben der Erwachsenenbildung in enger Abstimmung zwischen Einrichtungen der
671 Erwachsenenbildung und Verbänden koordinieren und die Verwendung von
672 Landesmitteln überprüfen.
673

674

674 Eine SPD-Landesregierung wird es schließlich nicht länger hinnehmen, dass Honorarkräfte
675 in öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nicht hinreichend entlohnt
676 werden oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Sie wird
677

678

678 ■ als Kriterium für die öffentliche Anerkennung einer Einrichtung der
679 Erwachsenenbildung das Prinzip der Tarifgebundenheit im Niedersächsischen
680 Erwachsenenbildungsgesetz prüfen.
681

682

683

684

684 **6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft**

685

686 Kunst und Kultur sind Triebfedern unserer kreativen Gesellschaft. In der Begegnung mit den
687 Künsten werden Wahrnehmungssensibilität, emotionale Intelligenz, Mut zur eigenen
688 Meinung, Offenheit und Toleranz herausgebildet. Kunst und Kultur dürfen nicht elitären
689 Schranken unterliegen, sondern müssen allgemeiner Gegenstand von Bildung und Teilhabe
690 sein – in aller Freiheit, aber mit staatlicher Förderung. Kulturelle Bildung ist besonders für
691 Kinder und Jugendliche wichtig. Deshalb ist sie ein wesentlicher Bestandteil des
692 Bildungsauftrags der Schulen.

693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Kulturförderung im Landeshaushalt absichern und bei entsprechenden finanziellen Spielräumen erweitern.
- den Musik- und Kunstunterricht stärken und die Begegnung mit kulturellen Projekten stärker im Schulalltag verankern.
- eine flächendeckende kulturelle Grundversorgung mit Bibliotheken, Theater, Kunst- und Musikschulen oder Museen in einem Kulturfördergesetz sichern.

Die niedersächsische Gesellschaft ist bunter geworden: Über den eigenen Schatz an kulturellen Traditionen hat Zuwanderung aus aller Welt das Land mit neuen Bräuchen und Kulturen bereichert. Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und kulturelle Vielfalt sind ein Gewinn für uns alle. Ihre Wertschätzung verhindert die Ausgrenzung von Minderheiten und die Bildung von Parallelgesellschaften.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Kultur als Instrument der Integration offensiv nutzen. Sie wird die Freiräume dafür schaffen und die Begegnung von Kulturen ermöglichen.

Niedersachsen ist ein Land der Künste. Künstler und Musiker prägen maßgeblich die Kunst und Kultur der Gesellschaft. Sie brauchen Arbeits-, Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten sowie Proberäume, Ateliers und Stipendien. Moderne Künstlerförderung stellt Maßnahmen zur beruflichen Entwicklung von Künstlerpersönlichkeiten in den Mittelpunkt und setzt auf maßgeschneiderte Instrumente in den Sparten Musik, Tanz, Theater, Literatur, bildende Kunst und Medien.

Eine SPD-Landesregierung wird

- sich für eine verstärkte Künstlerförderung in allen Kultursparten einsetzen und für eine bessere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft sorgen.

Auch unabhängige, verantwortungsbewusste und starke Medien dienen der Bildung – der Meinungsbildung durch Information und Nachricht. Die niedersächsischen Presseverlage und Medienhäuser, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Bürgerrundfunk stehen für Meinungsvielfalt und unabhängige Informationen. Ihre Berichterstattung über Lokales und Regionales stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist für demokratische Prozesse der Willensbildung wichtig. Die SPD wird die Verflechtungen und Anforderungen einer digitalisierten Medienwelt sowie die wachsende Verschmelzung von Presse, Rundfunk und Internet aufmerksam verfolgen und kritisch begleiten.

- Eine SPD-Landesregierung stärkt den Journalismus und unterstützt die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Bürgersender.

Nur Bildung kann dafür sorgen, dass die neuen digitalen Medien souverän genutzt werden. Für eine digitale Teilhabe ist Medienkompetenz die Schlüsselqualifikation. Alle Bürger müssen dazu die Chance erhalten. Medien- und Informationskompetenz ist als Bildungs- und Kulturtechnik in Niedersachsen nachhaltig zu verankern und auszubauen.

Die Debatte über die Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche darf sich nicht allein auf Probleme und Risiken beziehen. Die digitale Jugendkultur mit ihren kreativen Möglichkeiten zeigt überwiegend positive Ergebnisse. Es geht bei der Alltagsnutzung des Internets nicht darum zu verhindern, was nicht zu verhindern ist – sondern um einen

749 aufgeklärten, verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien: Medienkompetenz bietet
750 im Internet den besten Schutz vor kinder- und jugendgefährdenden Inhalten. Die
751 medienpädagogische Arbeit muss in der frühkindlichen Bildungsphase ansetzen und an den
752 Schulen durch fächer- und jahrgangsübergreifende Medienbildung zum verbindlichen
753 Unterrichtsthema werden. Das erfordert bei der Lehrerbildung eine ebenso verbindliche
754 Verankerung von medienpädagogischen Inhalten und Zielen.

755

756 Eine SPD-Landesregierung

757

758 ■ wird ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz
759 umsetzen, das alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens verankert.

760

761 ■ unterstützt den Einsatz von digitalisierten Lernmaterialien in der Schule, die als
762 offene Lizenzen von Lehrern und Schülern genutzt werden können.

763

764 Die SPD setzt sich weiter für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen
765 Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen
766 Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der
767 Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen.

768

769 Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung und öffnet Zugänge zu komplexen
770 Lebenswelten. Durch kulturelle Bildung kann der Umgang mit komplexen gesellschaftlichen
771 Veränderungen erlernt werden. Medienbildung als Teil der kulturellen Bildung ermöglicht
772 jung und alt, sich in einer medial geprägten Gesellschaft zurechtzufinden. Die Abschaffung
773 der Landeszentrale für politische Bildung war ein Fehler, weil die politische Bildung adäquate
774 Instrumente braucht, um der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu
775 werden. Kulturelle und politische Bildung müssen zusammengedacht werden.

776

777 ■ Eine SPD-Landesregierung wird einen organisatorischen Rahmen für eine
778 nachhaltige politische Bildung schaffen und für eine bessere Koordination der
779 gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit sorgen.

780 III. NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG

781
782

783 **1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke**

784

785 Der Wandel zur intelligenten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gelingt nur, wenn die
786 Stärken und die Vielfalt der Regionen zum Tragen kommen. Schneller als je zuvor verändern
787 sich Wirtschafts- Arbeits- und Lebenswelten durch technische Innovationen und
788 wissenschaftlichen Fortschritt. Qualifikation und Bildung müssen Schritt halten.

789

790 Der Bevölkerungswandel wird in vielen Regionen des Landes grundlegende Veränderungen
791 bewirken. Eine ausgleichende Politik stellt sich der Gestaltungsaufgabe, das
792 Zusammenleben auf einer wirtschaftlich starken, chancengleichen Grundlage zu sichern.

793

794 Schwindende Rohstoffe, Klimawandel und der Atomausstieg erfordern neues Wirtschaften.
795 Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien ist
796 eine gewaltige Aufgabe – zugleich aber auch die Jahrhundertchance, mit einer neuen Politik
797 das Land auf Zukunftskurs zu bringen.

798

799 Niedersachsen bietet alle Voraussetzungen, trotz und mit allen Veränderungen ein starkes
800 Land zu bleiben. Die Wirtschaft ist leistungsfähig, niedersächsische Unternehmen behaupten
801 sich auf dem Weltmarkt. Die Wissenschaft hat einen hervorragenden Ruf, die Hochschulen
802 des Landes betreiben Forschung und Lehre auf internationalem Niveau. Allerdings sind die
803 Potenziale des Landes bei weitem nicht ausgeschöpft.

804

805 Niedersachsen muss unter den Bedingungen der Globalisierung den Anschluss an
806 internationalen Spitzenstandard halten – aber auch in manchen Bereichen noch herstellen.
807 Dafür ist es notwendig, die Qualitäten des Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandortes
808 Niedersachsen zu bündeln. Das wird über den künftigen Wohlstand des Landes mit
809 entscheiden.

810

811 Die SPD setzt auf eine neue, mit den Regionen abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik.
812 Sie will die Weichen für ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges
813 Wachstum stellen. Niedersachsen muss stärker werden und menschlich bleiben.

814

815

816

817 **2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft**

818

819 Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Illusion selbstregulierender Märkte zerstört. Statt
820 ihren Kräften freien Lauf zu lassen, brauchen sie einen festen Rahmen. Die Krise erfordert
821 Gestaltungskraft und entschlossenes Handeln, damit destabilisierte Märkte nicht länger
822 durch massiven Einsatz von Steuergeldern lebensfähig gehalten werden müssen.

823

824 Doch dafür hat Schwarz-Gelb kein Konzept. Es fehlen Ideen und Durchsetzungswillen.
825 Stattdessen beherrschen Wildwuchs und Widersprüchlichkeit die Entscheidungen,
826 Strukturen und Zuständigkeiten. Bestes Beispiel dafür ist die Energiewende. Statt einem
827 Masterplan zu folgen, arbeiten Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltressort
828 nebeneinander her, zum Teil gegeneinander und jedenfalls ohne Zielorientierung. Während
829 Wirtschaft und Verbraucher sichere, saubere und bezahlbare Energie benötigen, ist
830 Niedersachsen das einzige Bundesland ohne Klimaschutzprogramm. Statt den Netzausbau
831 entschlossen voranzutreiben, erfolgt unverantwortliches Aussitzen.

832

833 Der gegenwärtigen Landesregierung fehlt eine durchdachte Innovationsstrategie für die
834 Wirtschaft: Es fehlt ein Konzept, um wichtige Potenziale des Landes wie Maritime Wirtschaft,
835 Luftfahrtindustrie, Logistik, Gesundheitswirtschaft oder Ernährungswirtschaft zu erschließen.

836 Es fehlt in der Wirtschaftsförderung eine ressortübergreifende Mittelstandspolitik. Es fehlt
837 eine arbeitsmarktpolitische Strategie zum Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
838 zur Bekämpfung des drohenden Fachkräftemangels. Vor allem aber fehlt ein
839 gesellschaftlicher Dialog über Ziele und Rahmen einer modernen Wirtschaftspolitik.
840

841

842

843 3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt

844

845 Wirtschaft braucht Wachstum. Nur so lassen sich dauerhaft soziale Sicherungssysteme und
846 ökologische Modernisierung finanzieren. Dabei ist es Aufgabe der Politik, für nachhaltige
847 Entwicklungen Rahmenbedingungen zu setzen, die neben allgemeinem Wohlstand auch
848 individuelle Lebensqualität ermöglichen und nicht zuletzt die gesellschaftlichen
849 Umweltkosten des Wachstums berücksichtigen.
850

851

852 Die EU hat sich im Rahmen ihrer strukturpolitischen Strategie „Europa 2020“ auf die Ziele
853 eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums verpflichtet. Die SPD wird ihre
854 Wirtschafts- und Strukturpolitik an diesem Zieldreieck ausrichten – im konstruktiven Dialog
855 mit den Kommunen, den Regionen und den Partnern in der Wirtschaft. Sie wird dabei den
856 Menschen in den Mittelpunkt einer neuen Wirtschaftspolitik stellen, seine Talente und
857 Fähigkeiten, aber auch seine Bedürfnisse.

858

859 Dabei wird sich diese Politik zunächst auf die Überwindung der tiefen Spaltung des
860 Arbeitsmarktes in Niedersachsen richten: Auf der einen Seite werden qualifizierte
861 Arbeitskräfte mit gutem Einkommen und anspruchsvoller Arbeit umworben. Immerhin fehlen
862 der Wirtschaft zunehmend Fachkräfte – eine gut ausgebildete Generation von Mitarbeitern,
863 die Wissen und Erfahrung in Innovation und technischen Fortschritt umsetzen kann. Dies
864 erfordert eine bessere und breitere Ausbildung (*siehe Kapitel II*), aber auch Erleichterungen
865 beim Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Migrationshintergrund oder mehr Chancen für
866 Menschen über 50.

867

868 Auf der anderen Seite gehören zur Arbeitswirklichkeit oftmals entwürdigende
869 Arbeitsverhältnisse. Lohndumping, Missbrauch von Leiharbeit, befristete Beschäftigung,
870 Angst um den Arbeitsplatz und Sorge vor Altersarmut zählen ebenso dazu. Von prekären
871 Arbeitsverhältnissen sind besonders Frauen betroffen. Geschlechtergerechtigkeit und
872 Chancengleichheit sind Voraussetzung für ein langfristig orientiertes und sozial
873 ausgeglichenes Wirtschaftswachstum. Deshalb sind bessere Betreuungsmöglichkeiten für
874 Kinder nicht nur ein familienpolitisches Gebot, sondern auch ökonomisch unverzichtbar.

874

875 Eine SPD-Landregierung orientiert sich am Leitbild der „Guten Arbeit“:

876

877 ■ Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt und seine berechtigten Forderungen
878 nach fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit,
879 nach Beendigung von Lohndumping durch Leiharbeit, nach stabilen statt befristeten
880 Beschäftigungsverhältnissen und nach einem Recht auf Weiterbildung. Um diese
881 Ziele zu erreichen, müssen die Rechte von Betriebs- und Personalräten gestärkt und
882 das Personalvertretungsrecht an die Unternehmenswirklichkeit angepasst werden.
883

884

885 ■ Die Wirtschaftsförderung des Landes wird nur noch Unternehmen berücksichtigen,
886 die diese Kriterien beachten. Die künftig deutlich reduzierten EU-Mittel zur
887 Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen sollen dort für neue
888 sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze eingesetzt werden.
889

889

890 ■ Die Einhaltung der Regeln von „Gute Arbeit“ bei der öffentlichen Auftragsvergabe
891 durch Land und Kommunen wird im Landesvergabegesetz verankert. Dabei wird der
892 gesetzliche Auftragswert von bisher 30.000 auf 10.000 Euro gesenkt. Eine

892 Tarifbindung wird für alle Branchen eingeführt, in denen gesetzliche Mindestlöhne
893 nach dem Arbeitnehmerentendegesetz gelten. Firmen mit Arbeitsverhältnissen
894 unterhalb der Entgeltgrenze von 8,50 Euro werden von der Vergabe ausgeschlossen.
895

896 ■ Gleichzeitig wird sich eine SPD-Landesregierung auf der Bundesebene für die
897 Ziele der „Guten Arbeit“ einsetzen:
898

- 899 • Einführung von flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen;
- 900
- 901 • Regulierung der Leiharbeit und Begrenzung von befristeter Beschäftigung;
- 902
- 903 • Einführung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“;
- 904
- 905 • gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung.
906

907 Nicht zuletzt zählt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum menschlichen Gesicht einer
908 neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Mit gezielter Förderung aus Mitteln des Landes
909 und der EU sollen Erwerbschancen für alle gesichert werden, die arbeiten können und
910 wollen. Ein Schwerpunkt wird dabei die Qualifizierung von Arbeitslosen sein, ein anderer die
911 „zweite Chance“ für junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Alter von 25 bis
912 35 Jahren. Mit einem Fachkräfte-Sicherungskonzept will die SPD eine verbindliche
913 Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft herstellen. Älteren Menschen soll
914 die Teilnahme am Arbeitsleben oder die Wiedereingliederung durch den Ausbau einer
915 alterns- und altersgerechten Arbeitsorganisation in den Betrieben erleichtert werden.
916 Modellprojekte des Landes sollen arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen
917 Beschäftigungschancen in einen öffentlich geförderten Sektor des Arbeitsmarktes
918 ermöglichen.
919

920 Inklusion ist nicht nur in der Bildungspolitik ein wichtiges Thema. Ziel muss es sein, auch den
921 Menschen mit Behinderungen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dies
922 erfolgt in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten.
923

924
925

926 **4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen**

927
928 Die Chancen des „Gute-Arbeit“-Konzepts stehen in engem Zusammenhang mit den
929 zukünftigen Entwicklungschancen der niedersächsischen Wirtschaft zur wissensbasierten
930 Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Aber auch die traditionellen Industrien, gewerbliche
931 Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk müssen im Blick bleiben. Zu einem
932 investitionsfreundlichen Klima gehört auch der Abbau von Bürokratie mit dem Verzicht auf
933 unnötige und umständliche Genehmigungsverfahren.
934

935 **❖ Regionen und Strukturen**

936
937 Eine der Aufgabe neuer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen und durch den
938 demografischen Wandel noch verstärkten Ungleichgewichte zwischen den Regionen und vor
939 allem zwischen Stadt und Land auszugleichen: Die großen Städte und Metropolregionen
940 müssen als Wachstumszentren für den Wettbewerb gestärkt werden – gleichzeitig braucht
941 Niedersachsen auch starke und dynamische ländliche Regionen.
942

943 Eine SPD-Landesregierung wird

- 944
- 945 ■ ausgehend von den jeweils lokalen Stärken mit den Akteuren vor Ort regionale
946 Entwicklungskonzepte vorlegen.
947

948 ■ die in der Förderperiode ab 2014 absehbar eingeschränkten Mittel aus den
949 Europäischen Fonds bündeln: zum Ausbau der sozialen Infrastruktur und der
950 Fachkräftesicherung im Zuge des demografischen Wandels, zur
951 Innovationsförderung und zur Bewältigung der Energiewende.

952
953 ❖ **Industrie**

954
955 Schon heute machen die forschungsintensiven Industrien die Wirtschaft des Landes stark.
956 Schon heute herrschen hier qualitativ gute Arbeitsbedingungen. Das ist eine zukunftsfähige
957 Plattform für modernes, intelligentes und nachhaltiges Industriewachstum: technologische
958 Innovation im Einklang mit anspruchsvoller, guter Arbeit und ökologischer Erneuerung.

959
960 Eine SPD-Landesregierung wird

961
962 ■ in den Schlüsselindustrien regelmäßige Branchendialoge mit klaren strategischen
963 Inhalten initiieren.

964
965 ■ mit aller Kraft und im Interesse einer langfristigen Standortsicherung das VW-
966 Gesetz gegen Angriffe verteidigen und an der Landesbeteiligung der Salzgitter AG
967 festhalten.

968
969 ❖ **Dienstleistung**

970
971 Die Dienstleistungsbranche ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Viele
972 niedersächsische Arbeitnehmer, aber auch eine hohe Anzahl Freiberufler sind in diesem
973 Segment tätig. Niedersachsens Stärken liegen dabei in der sozialen Gesundheitswirtschaft
974 und im Tourismus. Allerdings wirken sich die Versäumnisse schwarz-gelber Politik
975 inzwischen als Bremse für hochwertige Dienstleistungen aus: Fehlendes Fachpersonal und
976 schlechte Arbeitsbedingungen sind Gift für eine hohe Dienstleistungsqualität.

977
978 Eine SPD-Landesregierung wird

979
980 ■ regionale Potenziale wie Gesundheitswirtschaft und Tourismus mit regional
981 abgestimmten Handlungskonzepten entwickeln. Für ganz Niedersachsen wird ein
982 Masterplan „Soziale Gesundheitswirtschaft“ verwirklicht (*näheres im Kapitel V.7*). Die
983 generellen Zukunftsperspektiven und -potenziale der Dienstleistungsbranche sollen
984 im bestehenden Forschungszweig „Gesundheitswirtschaft“ zukünftig intensiver
985 untersucht werden.

986 ❖ **Mittelstand und Handwerk**

987
988 Fast drei Viertel der niedersächsischen Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren
989 Unternehmen (KMU), mehr als 500.000 allein im Handwerk. Der Mittelstand schafft schon
990 heute die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze. Auch dieser Wirtschaftsbereich befindet sich im
991 Strukturwandel. Anders als große Unternehmen brauchen die KMU bei der Entwicklung
992 neuer Produkte und Verfahren die Hilfestellung des Landes. Sie verdienen deshalb die
993 besondere Unterstützung einer neuen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

994
995 Eine SPD-Landesregierung wird in ihrem Mittelstandsprogramm

996
997 ■ kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, Strukturen für Weiterbildung
998 und Qualifikation zu verbessern und von einer regionalen Wissensvernetzung zu
999 profitieren.

1000
1001 ■ eine spezielle einzelbetriebliche Innovationsförderung einrichten und die künftige
1002 europäische Regionalförderung zur Stärkung der KMU-Kapitalbasis nutzen.

1003

1004 ❖ **Kommunale Unternehmen**

1005

1006 Kommunales Wirtschaften ist demokratisch legitimiert und am Gemeinwohl orientiert. Mit
1007 ihren Investitionen stabilisieren Kommunen die Wirtschaft und können Fehlentwicklungen
1008 ausgleichen.

1009

1010 Eine SPD-Landesregierung wird

1011

1012 ■ kommunale Unternehmen unterstützen, Projekte wie „Gute Arbeit“ oder die
1013 Energiewende erfolgreich zu verwirklichen.

1014

1015 ■ das Gemeindegewirtschaftsrecht entsprechend anpassen.

1016

1017

1018

1019 **5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum**

1020

1021 Leitmärkte sind Zukunftsmärkte: In den Branchen der Mobilitätswirtschaft, der maritimen
1022 Wirtschaft, der Energiewirtschaft, der sozialen Gesundheitswirtschaft und der
1023 Tourismuswirtschaft verfügt Niedersachsen bereits über starke Potenziale. Mehr als in der
1024 Vergangenheit bedürfen diese Potenziale öffentlicher Wachstumsanreize. Die SPD
1025 betrachtet die zukunftsfähige Entwicklung der Leitmärkte als Schwerpunkt einer neuen
1026 Wirtschaftspolitik.

1027

1028 ❖ **Mobilitätswirtschaft**

1029

1030 Integrierten Mobilitätskonzepten gehört die Zukunft. Nicht nur die überlasteten
1031 Binnenverkehrswege, wie beispielsweise bei der Volkswagen AG rundum Wolfsburg,
1032 sondern auch die rasant wachsenden Metropolen der boomenden Schwellenländer
1033 brauchen intelligente Mobilitätslösungen. Für die leistungs- und exportstarke
1034 niedersächsische Mobilitätswirtschaft – Automobilindustrie, Luft- und Schienenfahrzeugbau,
1035 Spezialschiffsbau und Logistik – öffnen sich damit lukrative Absatzmärkte für High-End-
1036 Produkte und Dienstleistungen.

1037

1038 Eine SPD-Landesregierung wird

1039

1040 ■ die heimische Spitzenposition bei Fahrzeugen mit traditionellem Antrieb in
1041 Bereichen wie Leichtbau und hoch effiziente Motoren durch Forschungseinrichtungen
1042 unterstützen;

1043

1044 ■ Niedersachsen zu einem Zentrum der weltweiten Forschung und Entwicklung der
1045 Elektromobilität machen;

1046

1047 ■ das Mobilitätscluster rund um das Niedersächsische Forschungszentrum
1048 Fahrzeugtechnik (NFF) landesweit ausbauen und die Verbindung von
1049 Mobilitätsangeboten mit Informations- und Kommunikationstechnologien fördern.

1050

1051 ❖ **Maritime Wirtschaft**

1052

1053 Mehr als 90 Prozent des Welthandels werden heute über den Seeweg abgewickelt.
1054 Niedersächsische Reeder stellen eine der weltgrößten Handelsflotten. Mit dem Jade-Weser-
1055 Port wird das Land zu einem führenden Umschlagplatz an der Nordseeküste. Neben Werften
1056 und Zulieferern erlangen meerestechnische Betriebe in den Zeiten von Klimaschutz und
1057 Energiewende vor allem im Wind-Offshore-Bereich größere Bedeutung.

1058

1059 Eine SPD-Landesregierung wird daher:

- 1060
1061 ■ auch in Zukunft Investitionen in die weitere Entwicklung der Hafenstandorte
1062 vorsehen. Projekte wie die zweite Ausbaustufe des Jade-Weser-Port in
1063 Wilhelmshaven, die Entwicklung des Rysumer Nacken in Emden und den weiteren
1064 Ausbau in Cuxhaven und Stade werden vorangetrieben.
1065
1066 ■ Verhandlungen führen, um in das gemeinsame maritime Clustermanagement von
1067 Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein auch Bremen und Mecklenburg-
1068 Vorpommern einzubeziehen.
1069
1070 ■ eine intensive Zusammenarbeit und die gemeinsame Vermarktung der deutschen
1071 Seehäfen vorantreiben.
1072
1073 ■ ein Kompetenzzentrum für „Greenshipping“ aufbauen, um eine
1074 ressourcenschonende Schifffahrt in den Bereichen Schiffbau, Reederei-
1075 und Hafenwirtschaft zu organisieren.
1076

❖ **Energiewirtschaft**

1077
1078
1079 Beim Ausbau der erneuerbaren Energien eröffnen sich für Niedersachsen große
1080 wirtschaftliche Chancen im Bereich der On- und Offshore-Windenergie. Dafür ist ein Ausbau
1081 der Netzinfrastruktur notwendig. Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen
1082 Energiewirtschaft ist es, mit Unternehmen, Kommunen und Umweltverbänden ein Konzept
1083 zur Umsetzung der Energiewende zu entwickeln (*siehe dazu auch Kapitel VII*).
1084

1085 Eine SPD-Landesregierung wird daher zunächst

- 1086
1087 ■ sicherstellen, dass alle Projekte der Energiewende mit den Kriterien von „Guter
1088 Arbeit“ im Einklang stehen.
1089
1090 ■ gemeinsam mit dem Handwerk Installation und Wartung neuer Energie-
1091 Technologien in Privathaushalten vorantreiben. Repowering von Windkraftanlagen
1092 unterstützen und sich für belastbare Investitions- und Finanzierungsbedingungen zum
1093 Ausbau der Offshore-Windenergien einsetzen.
1094
1095 ■ eine neue Energieagentur ins Leben rufen, die Kommunen, Bürgern und
1096 Unternehmen Hilfestellung in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien
1097 und intelligente Energiesysteme bietet.
1098

❖ **Soziale Gesundheitswirtschaft**

1099
1100
1101 Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt und steigendes Gesundheitsbewusstsein
1102 machen die Gesundheitswirtschaft zum dynamischen Wachstumsmarkt. Niedersachsen hat
1103 dabei eine gute Startposition: mit erfolgreichen Krankenhäusern, einer international
1104 anerkannten Medizinforschung, innovativen Betrieben der medizinischen Biotechnologie und
1105 der Medizintechnik sowie regional gut verankerten Gesundheitsdienstleistungen. Hinzu
1106 kommen vielfältige Schnittstellen zum Gesundheitstourismus und der Ernährungswirtschaft.
1107 Doch über qualitatives Wachstum hinaus müssen hochwertige Gesundheitsversorgung,
1108 bessere Lebensqualität und gute Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen künftig im
1109 Einklang stehen.
1110

1111 Eine SPD-Landesregierung wird

- 1112
1113 ■ einen „Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft“ aufstellen, um die regionalen
1114 Stärken und Profile im Bereich der sozialen Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen
1115 (*näheres dazu im Kapitel V.7*).

1116 ❖ **Tourismus**

1117

1118 Niedersachsen ist die führende touristische Destination des Nordens mit jährlich zuletzt fast
1119 40 Millionen Übernachtungen. Der Tourismus ist mit rund 338.000 Beschäftigten einer der
1120 größten Arbeitgeber im Land. Jährlich geben Reisende im Urlaubsland Niedersachsen in
1121 Hotellerie, Gastronomie und dem Einzelhandel rund 15 Milliarden Euro aus. Doch auch
1122 dieser Leitmarkt arbeitet unter seinen Möglichkeiten. Schwarz-Gelb hat weder ein
1123 Tourismuskonzept aufgestellt, noch eine zentrale Anlaufstelle für Kommunen, Regionen und
1124 Investoren eingerichtet. Notwendig sind klare Zuständigkeiten und Strukturen im
1125 Wirtschaftsministerium und ein Konzept mit regionaler Schwerpunktbildung, Förderzielen
1126 und einem abgestimmten Ansiedlungsmanagement für Hotel- und Tourismusprojekte.

1127

1128 Eine SPD-Landesregierung wird

1129

1130 ■ die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusregionen insbesondere im ländlichen
1131 Raum stärken. Im Fokus stehen dabei nachfragestarke Urlaubsthemen wie
1132 Gesundheits- und Erholungstourismus, Fahrrad- und Wandertourismus,
1133 Wassertourismus sowie Kultur- und Städtetourismus. Dies muss einhergehen mit
1134 dem Ausbau der touristischen Infra- und Verkehrsstrukturen.

1135

1136 ■ im Rahmen eines Landestourismuskonzepts innovative KMU-Tourismusprojekte
1137 für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 entwickeln.

1138

1139 ■ dafür eintreten, dass bei der Ferienzeitregelung Überschneidungen der
1140 Hauptferienzeiten im Reiseland Niedersachsen vermieden werden.

1141

1142

1143

1144 **6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet**

1145

1146 Netzpolitik ist moderne Gesellschaftspolitik. Die Technologien für Information und
1147 Telekommunikation, das Internet und die Digitalisierung haben inzwischen sämtliche
1148 Lebensbereiche erreicht. Gesellschaftliche Teilhabe ist ohne Zugang zum schnellen Internet
1149 heute beinahe undenkbar geworden. Dies gilt für Bildung, Arbeit, politische Beteiligung –
1150 aber auch für einen Großteil der alltäglichen sozialen Kontakte.

1151

1152 Als Wirtschaftsfaktor zieht sich das Internet inzwischen durch die meisten Branchen. Ob
1153 Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus oder Industrie – neue Kommunikations- und
1154 Vertriebswege steigern den Umsatz und helfen, neue Kunden zu gewinnen. An die 11.000
1155 niedersächsische Unternehmen mit 60.000 Arbeitsplätzen sind im weitesten Sinn bereits in
1156 der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) aktiv. Am bundesweiten IKT-Markt
1157 hat Niedersachsen allerdings nur einen Anteil von fünf Prozent – ein Beweis für die verfehlte
1158 Politik der schwarz-gelben Landesregierung.

1159

1160 Die politischen Rahmenbedingungen stimmen nicht. Voraussetzung für gesellschaftliche
1161 Nutzung und wirtschaftlichen Gebrauchswert von Internet und Telekommunikation sind
1162 belastbare, schnelle und bezahlbare Netzanbindungen, die auch gleichwertige
1163 Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Chancengleichheit zwischen Stadt und Land
1164 gewährleisten. Tatsächlich aber wandern Unternehmen wegen zu geringer Netzbandbreiten
1165 aus dem ländlichen Raum ab.

1166

1167 Als Reaktion auf den digitalen Fortschritt hat die Europäische Kommission mit ihrer „Digitalen
1168 Agenda“ das Ziel festgeschrieben, bis 2020 die Hälfte der Einwohner Europas mit einer
1169 Bandbreite von bis zu 100 Mbit/s für das Netz zu versorgen.

1170

1171 Die SPD betrachtet die landesweite Grundversorgung mit schnellem Internet als Bestandteil
1172 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Leistungsfähige digitale Netze sind wichtige Bausteine für
1173 die Wirtschafts- und Strukturförderung. Ihr Ausbau kann durch wirtschaftliche Anreize für
1174 Unternehmen und Kommunen beschleunigt werden.

1175
1176 Eine SPD-Landesregierung wird

1177
1178 ■ zu einem jährlichen niedersächsischen Breitband-Gipfel Kommunen, Stadtwerke
1179 sowie Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft einladen, um eine Strategie für den
1180 flächendeckenden Breitbandausbau zu erarbeiten. Sie wird dabei u.a. auf die
1181 Erfahrungen des Breitband Kompetenz Zentrums Niedersachsen zurückgreifen.

1182
1183 ■ sich für die Sicherstellung von Breitbandanschlüssen für alle Haushalte
1184 einsetzen.

1185
1186 Beim Internet geht es auch um wirtschaftliches Wachstum und um Arbeitsplätze. So hat „IT
1187 made in Niedersachsen“ das Zeug zum Exportschlager. Das zeigt sich in wachstumsstarken
1188 Anwendungsfeldern wie Green IT, eMobility, eHealth, eEnergy und eLearning. Aber die
1189 digitale Wirtschaft und die Gründerkultur in ihrem Umfeld brauchen bessere
1190 Rahmenbedingungen und qualifizierte Mitarbeiter.

1191
1192 Eine SPD-Landesregierung wird

1193
1194 ■ IKT-Regionen mit „Ideenfabriken“ als Zusammenschluss von Unternehmen,
1195 Forschungseinrichtungen und Hochschulen bilden, um die Zusammenarbeit zwischen
1196 Wissenschaft und digitaler Wirtschaft zu forcieren.

1197
1198 Die SPD will einen informatorischen Kulturwandel herbeiführen – weg vom Amtsgeheimnis,
1199 hin zur offenen Verwaltung. Durch „Open-Data“- oder „Open-Source“-Modelle werden
1200 staatliche Daten offen zugänglich und Verwaltungshandeln transparent. Die „Europäische
1201 Bürgerinitiative“ als digitales Angebot zur Bürgerbeteiligung an der EU-Politikgestaltung ist
1202 beispielgebend.

1203
1204 Eine SPD-Landesregierung wird

1205
1206 ■ ein niedersächsisches Informationsfreiheitsgesetz nach dem Vorbild von bereits
1207 elf Bundesländern auf den Weg bringen.

1208
1209 ■ bei Projekten der Verwaltungsmodernisierung eine E-Government-Strategie
1210 erarbeiten, die Transparenz, Bürgernähe und Partizipation in den Mittelpunkt stellt.

1211
1212 Allerdings braucht das Internet neue Datenschutzregelungen. Die unübersehbar vielfältigen
1213 Verbindungen von öffentlich zugänglichen und personenbezogenen Daten bedeuten große
1214 Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Schutz der Persönlichkeit
1215 und der persönlichen Daten im Internet ist jedoch jederzeit zu gewährleisten. Dafür müssen
1216 die Fähigkeiten der Nutzer zum Selbstdatenschutz gestärkt werden.

1217
1218 Eine SPD-Landesregierung wird

1219
1220 ■ im Bundesrat einen weitergehenden Datenschutz für Beschäftigte einfordern.

1221
1222 ■ in Niedersachsen die Landesbehörde für den Datenschutz, Polizei,
1223 Staatsanwaltschaften und Gerichte durch geschultes Personal und technische
1224 Ausstattungen für diese Aufgaben wappnen.

1225
1226

1227 **7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität**

1228

1229 Niedersachsen ist zur zentralen und internationalen Logistikkreuzung geworden. Mit dem
1230 Jade-Weser-Port hat das Land ein neues Tor zur Welt geöffnet. Das Transportgewerbe spielt
1231 für Wirtschaft und Konsum eine wichtige Rolle. Es gilt also, die Infrastruktur auf allen
1232 Verkehrsträgern – Schiene, Wasser, Straße und Luft – zu optimieren und mit einander zu
1233 vernetzen. Dies dient dem Güter-, Individual- und öffentlichen Verkehr in gleicher Weise.
1234 Anliegerinteressen sollen durch frühzeitige und umfassende Informationen sowie eine
1235 pragmatische und ideologiefreie Suche nach Lösungen einfließen.

1236

1237 Eine SPD-Landesregierung wird in einem Infrastrukturkonzept festhalten, dass

1238

1239 ■ Schienennetze einschließlich der Hinterland-Anbindung von Hafen- und
1240 Produktionsstandorten wie dem Jade-Weser-Port saniert, optimiert und die Belange
1241 der Bürger berücksichtigt werden.

1242

1243 ■ Autobahnverbindungen wie insbesondere die A 20, A 26 und A 39 realisiert
1244 werden.

1245

1246 ■ keine Region durch vernachlässigte Straßen- und Schienenanbindungen von der
1247 wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wird.

1248

1249 ■ das System der Binnenwasserstraßen modernisiert wird und eine neue
1250 Kategorisierung der Binnenwasserstraßen nicht zulasten Niedersachsens geht.

1251

1252 ■ Projekte wie das Schiffshebewerk Scharnebeck verwirklicht werden.

1253

1254

1255

1256 **8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte**

1257

1258 Niedersachsen ist bundesweit Agrarland Nr. 1. Die Wertschöpfung der Ernährungs- und
1259 Landwirtschaft steht nach der Automobilindustrie an zweiter Stelle in Niedersachsen. Die
1260 Erzeugung hochwertiger Lebensmittel für die nationalen und internationalen Märkte sichert
1261 mehrere zehntausend Arbeitsplätze. Die Agrarpolitik der SPD zielt darauf ab, diese
1262 Spitzenplätze zu sichern.

1263

1264 Niedersachsen braucht auch in Zukunft eine leistungsfähige, multifunktionale Landwirtschaft,
1265 die Arbeitsplätze und Einkommen sichert; die sowohl im konventionellen wie in einem
1266 gestärkten Ökolandbau nach hohen Qualitätsstandards produziert; die in die Regionen und
1267 die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln darauf ausgerichtet ist, die
1268 natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern.

1269

1270 Die Landwirtschaft hat große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden und Luft. Auch
1271 die Pflege und Entwicklung der einmaligen Kulturlandschaften in Niedersachsen, der Erhalt
1272 der Artenvielfalt, ein verbesserter Tierschutz und Nulltoleranz gegenüber der Gentechnik
1273 gehören zu einer nachhaltigen Produktion. Bodenversiegelungen müssen minimiert und
1274 Konkurrenzsituationen zwischen der Nahrungsmittelproduktion und dem
1275 Energiepflanzenanbau vermieden werden.

1276

1277 Verbraucher wollen hochwertige, bezahlbare und auch regional erzeugte Lebensmittel. Der
1278 Marktanteil von regionalen und biologisch erzeugten Produkten muss durch Förderung
1279 gesteigert und die Agrarforschung stärker darauf ausgerichtet werden.

1280

1281 Die Landschaftspflege dient nicht zuletzt auch der touristischen Entwicklung. Wirtschaftliche
1282 Initiativen wie Hofläden, Hofcafés und landwirtschaftliche Dienstleistungen sind wichtige
1283 Faktoren im ländlichen Raum. Auch Nordsee- und Binnenfischerei sind ein wichtiger
1284 Bestandteil der Landeskultur und leisten ihren Beitrag zu Wertschöpfung und Tourismus im
1285 ländlichen Raum. Große Teile Niedersachsens sind bewaldet. Wälder liefern Holz und haben
1286 für den Klimaschutz, den Naturschutz und die Erholung eine große Bedeutung.

1287
1288 Aber letztlich genießt die Agrar- und Ernährungswirtschaft nur dann gesellschaftliche
1289 Akzeptanz und kann ihre Produkte zu angemessenen Preisen vermarkten, wenn die
1290 Verbraucher die Produktionsprozesse im Einklang mit den Zielen von gesunder Ernährung
1291 und verbindlichem Tierschutz, Klima-, Umwelt- und Naturschutz wissen. Hierzu ist ein
1292 umfassender Dialog zwischen allen Beteiligten nötig.

- 1293
1294 Eine SPD- Landesregierung wird
- 1295
1296 ■ die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an die
1297 umwelt- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anpassen.
 - 1298
1299 ■ durch einen Förderschwerpunkt den Ökolandbau und regionale
1300 Vermarktungsstrategien unterstützen.
 - 1301
1302 ■ mit einem Masterplan „Gesunde Ernährung“ der Agrar- und Ernährungswirtschaft
1303 neue Marktchancen eröffnen.
 - 1304
1305 ■ mit einem Masterplan „Tierschutz“ den notwendigen Veränderungs- und
1306 Umstellungsprozess in der Nutztierhaltung voranbringen.
 - 1307
1308 ■ die Agrarforschung im Bereich des Ökolandbaus ausweiten.
 - 1309
1310 ■ die stufenweise Qualitätssicherung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch
1311 komplette Eigenkontrolle im Produktionsprozess verbessern.
 - 1312
1313 ■ die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessern und die
1314 Nachhaltigkeitswende in der Forstwirtschaft und der Fischerei vorantreiben.
 - 1315
1316 ■ sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kommunen unter anderem durch
1317 eine Novellierung des § 35 Baugesetzbuch effektive Steuerungsmöglichkeiten im
1318 Rahmen von Vorhaben der Intensivtierhaltung bekommen.

1319
1320
1321
1322 **9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte**

1323 Die Verbraucherpolitik in Niedersachsen muss neu ausgerichtet werden und mehr Gewicht
1324 bekommen. Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark
1325 verändert. Gleichzeitig steigt der Bedarf der Verbraucher an Beratung, Bildung und Schutz,
1326 um sich in der Vielfalt zu Recht zu finden. Viele fühlen sich mit der Angebots- und Tariffut
1327 überfordert. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln oder Spielsachen
1328 vertrauen können oder welche Versicherung für sie richtig ist. Verbrauchern stehen
1329 Anbietern gegenüber, die auf ihre Produkt- und Dienstleistungsangebote spezialisiert sind
1330 und deshalb über bessere Informationen verfügen.

1331
1332
1333 Privater Konsum ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, der auch Auswirkungen auf die
1334 Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und die Produktionsbedingungen hat. Er ist ein
1335 wesentlicher Impulsgeber für eine innovative und nachhaltige Entwicklung. Eine neue
1336 verbraucherpolitische Strategie für Niedersachsen soll den Stimmen der Verbraucher mehr

1337 Gewicht verleihen und die Regelungen zu ihrem Schutz und ihrer Information verbessern.
1338 Die Verbraucherzentrale Niedersachsen nimmt dabei eine wichtige Aufgabe wahr und muss
1339 künftig wieder besser unterstützt werden.

1340

1341 Eine SPD-Landesregierung wird

1342

1343 ■ im Dialog mit Verbrauchern, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und der
1344 Wissenschaft eine verbraucherpolitische Strategie entwickeln.

1345

1346 ■ eine institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Niedersachsen einrichten.

1347

1348 ■ das Landesamt für Verbraucherschutz in seinen Komponenten optimieren.

1349 IV. NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH

1350

1351

1352 Demokratie ist mehr, als alle paar Jahre sonntags zur Wahl zu gehen. Demokratie beweist
1353 und bewährt sich im Alltag, in Chancengleichheit, Teilhabe und Mitsprache, in
1354 Nachbarschaft, Gemeinsinn und Solidarität. Um sich zu entfalten, braucht Demokratie die
1355 Form einer Zivilgesellschaft. Sie muss offen und transparent sein, zum Mitmachen einladen.
1356 Sie braucht Austausch und Überzeugungskraft.

1357

1358 „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Diesen historischen Satz von Willy Brandt hat sich die
1359 SPD zu Eigen gemacht. Sie sieht Bürger, Familien und alle Formen der Partnerschaften,
1360 Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen, Wirtschaft und Wissenschaft –
1361 alle gesellschaftlichen Gruppen als Partner für den Aufbruch in eine neue Politik.

1362

1363 Damit dieser Aufbruch gelingt, darf der demografische Wandel nicht länger einfach nur
1364 passieren, er braucht Gestaltung. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung
1365 müssen von der langen Bank wieder in die politische Praxis zurückgeholt werden. Die SPD
1366 wird junge und alte Menschen einbeziehen. Sie wird die Diskriminierung von sexueller
1367 Identität beenden, wie sie gegenüber Homosexuellen, Lesben und Transgendern immer
1368 noch zum Ausdruck kommt.

1369

1370

1371

1372 **1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt**

1373

1374 Die Veränderung hat längst begonnen. Bereits in den nächsten Jahren wird nach
1375 wissenschaftlichen Prognosen die Gesamtzahl der Menschen in Niedersachsen um fünf
1376 Prozent zurückgehen. Doch während der Anteil von jungen Menschen unter 20 Jahren dabei
1377 bereits bis 2030 auf knapp 17 Prozent sinkt, steigt der Anteil der über 65-Jährigen auf 29
1378 Prozent. Jeder zwölfte Niedersachse wird dann älter als 80 sein.

1379

1380 Niedersachsen ist vom demografischen Wandel doppelt betroffen. Einerseits sinkt die
1381 Einwohnerzahl und andererseits steigt das Durchschnittsalter. Die Auswirkungen sind
1382 regional unterschiedlich. Demografie-Gewinner werden Metropolregionen sowie einige
1383 Landkreise im Westen sein, während im Osten und Süden Niedersachsens weitere
1384 einschneidende Bevölkerungsrückgänge bevorstehen.

1385

1386 Damit verbunden sind große gesellschaftspolitische Fragestellungen: Welche
1387 Lebensperspektiven gibt es für die Menschen in den einzelnen Landesteilen? Wie ist die
1388 Chancengleichheit der Bildung zu gewährleisten? Wie lassen sich medizinisch-pflegerische
1389 Versorgung und Mobilität sicherstellen? Wie sieht die Zukunft von Arbeitsmarkt und
1390 Wirtschaft aus, wenn die Zahl junger Arbeitnehmer um etwa ein Viertel zurückgeht –
1391 gleichzeitig aber die Anforderungen an deren Qualifikation steigen?

1392

1393 Obwohl die Antworten auf solche Fragen über die Zukunft des Landes entscheiden, die
1394 Herausforderungen des demografischen Wandels seit nahezu einem Jahrzehnt bekannt sind
1395 und andere Bundesländer bereits handeln, verharrt die schwarz-gelbe Landesregierung in
1396 Tatenlosigkeit. Ihr „Handlungskonzept“ besteht aus unverbindlichen Empfehlungen, kennt
1397 weder Prioritäten noch regionale Differenzierung und lässt Kommunen außen vor.

1398

1399 Eine SPD-Landesregierung wird alle gesellschaftspolitischen Felder, Bildungs-, Familien-
1400 und Gesundheitspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Struktur- und Regionalpolitik auf
1401 die demografische Herausforderung beziehen. Sie wird Handlungsprogramme entwickeln.
1402 Sie wird die bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen als Querschnittsaufgabe

1403 betrachten und ihren Umgang damit im Dialog mit den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen
1404 entwickeln. Das bedeutet:

1405
1406 ■ Ein „Demografie-Rat“ aus Landesregierung, Kommunen, Regionen und
1407 Gesellschaft wird jährlich die Entwicklung analysieren, mit regionalen Stärke-/
1408 Schwächeanalysen einordnen und Handlungskonzepte abstimmen. Ziel ist es, die
1409 Spaltung des Landes durch den demografischen Wandel zu verhindern und allen
1410 Räumen und Regionen des Landes eine neue Perspektive zu ermöglichen.

1411
1412 ■ Vier bevollmächtigte Landesbeauftragte werden die Präsenz der Landesregierung
1413 in der Fläche erhöhen. Sie sollen mit den regionalen Akteuren maßgeschneiderte
1414 Zukunftskonzepte erarbeiten. Gleichzeitig werden sie als kompetente Anwältinnen der
1415 Regionen vor Ort Entwicklungsprojekte unterstützen (*siehe dazu Kapitel VI.2*).

1416
1417
1418

1419 **2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung**

1420
1421 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit 2003 frauenpolitische Konzepte vernachlässigt
1422 und die gesetzliche Weiterentwicklungen der Gleichberechtigung zum Stillstand gebracht. So
1423 wurden die Hauptberuflichkeit der kommunalen Frauenbeauftragten und die Frauenquote
1424 von 50 Prozent im niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz aufgehoben. Zugleich
1425 steht Niedersachsen heute beim Frauenanteil an Ämtern, Mandaten, Bildung und
1426 Beschäftigung im Ländervergleich durchweg weit unten – ist jedoch bei der weiblichen
1427 Arbeitslosenquote und dem Verdienstunterschied zu Männern leider Spitze.

1428
1429 Förderprogramme zu beruflicher Gleichstellung, Gleichstellungsgesetze, Konzepte für
1430 Gewaltschutzprogramme und Förderung von Ganztagschulen stammen in Niedersachsen
1431 aus der SPD-Regierungszeit der 1990er Jahre. Auch heute ist die SPD wieder der Garant,
1432 dass nicht nur Politik für Frauen gemacht wird, sondern vor allem Politik von Frauen
1433 bestimmt wird.

1434
1435 Frauen sind nach dem Gesetz Männern gleichberechtigt. Doch im Erwerbsleben ist
1436 Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht. Obwohl ihr Bildungsniveau so hoch wie nie ist,
1437 sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihre Erwerbsquote liegt deutlich unter dem
1438 Bundesdurchschnitt, sie arbeiten mehrheitlich in schlecht bezahlten Berufen, in Teilzeit- und
1439 Minijobs. Besonders junge Frauen werden schlechter bezahlt als Männer und haben
1440 schlechte Aufstiegschancen. In den Personalräten und Vorständen börsennotierter und
1441 mitbestimmter Unternehmen sind Frauen rar, nur gut 23 Prozent der Hochschul-Professuren
1442 sind mit Frauen besetzt.

1443
1444 Unzureichende Betreuungs- und Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen erschweren
1445 Fortkommen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu kommen flexibilisierte
1446 Arbeitszeiten, Wochenendarbeit und Arbeitsverdichtung, die eine Balance von
1447 Erwerbstätigkeit, Privatleben und Familie verschärfen. Schließlich tragen Frauen die
1448 Hauptlast der familiären Sorgetätigkeit – von der Kinderbetreuung bis zur Alterspflege.

1449
1450 Eine SPD-Landesregierung will den Aufbruch zu mehr Gleichberechtigung nach den Regeln
1451 von „Gute Arbeit“ mit folgenden Gleichstellungsprinzipien erreichen:

1452
1453 ■ Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, gleiche
1454 Bezahlung für gleichwertige Arbeit;

1455
1456 ■ Weiterentwicklung von Qualifizierungsprogrammen für Berufseinsteigerinnen und
1457 Berufsrückkehrerinnen;

1458

- 1459 ■ gezielte Förderung von Mädchen, damit sie in zukunftsträchtigen Berufen ihre
1460 Chancen nutzen können;
1461
1462 ■ Führungspositionen in Unternehmen und Verwaltungen zu gleichen Teilen für
1463 Frauen und Männer;
1464
1465 ■ familienfreundliche Arbeitskonzepte für Frauen und Männer;
1466
1467 ■ bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, z. B. durch einen Rechtsanspruch
1468 auf Pflegezeiten und Ausgleichszahlungen.
1469

1470 Die SPD wird Niedersachsen zum Vorbild konsequenter Frauenförderung machen. Dazu
1471 wird sie das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz modernisieren und seinen
1472 Geltungsbereich wieder auf selbstständige Betriebe der öffentlichen Hand einschließlich der
1473 Eigenbetriebe der Kommunen erweitern. Eine konsequente Politik für Frauen bedeutet
1474 letztlich auch, von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zuverlässige Zuflucht
1475 in Frauenhäuser und Gewaltberatungsstellen zu ermöglichen.
1476

1477 Eine SPD-Landesregierung wird

- 1478 ■ die Minister- und Staatssekretärs-Positionen des neuen Landeskabinetts
1479 paritätisch mit Frauen und Männern besetzen.
1480
1481 ■ die Führungspositionen in der Landesverwaltung vorbildhaft für andere
1482 Verwaltungen und Unternehmen verstärkt geschlechtergerecht besetzen.
1483
1484 ■ Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt sowie Frauenhäuser und
1485 Mädchenhäuser verlässlich fördern.
1486
1487
1488
1489

1490 **3 . Jugend – Politik mit der Jugend**

1491
1492 Jugendarbeit und Jugendpolitik sind Daseinsfürsorge und Zukunftspolitik zugleich. In der
1493 Jugend wirken sich viele Probleme der Gesellschaft deutlicher aus als in anderen
1494 Lebensabschnitten. Gerade deshalb muss Politik für die Jugend verlässliche
1495 Zukunftsperspektiven vermitteln.
1496

1497 Seriöse Jugendpolitik muss die jungen Menschen von vorn herein einschließen, sie ernst
1498 nehmen und sie beteiligen. Das erfordert altersgerechte Instrumente für Selbstverwaltung
1499 und Mitbestimmung. Beteiligungsmodelle wie Jugendbeiräte oder Jugendparlamente helfen
1500 jungen Menschen, sich mit kommunaler Demokratie auseinanderzusetzen. Nach
1501 Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung müssen allerdings gesellschaftliche
1502 Aufklärungsarbeit und politische Bildung neu organisiert werden. Politische Bildung darf nicht
1503 wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Dabei sind alternative
1504 Lebensentwürfe und alternative Gesellschaftsbilder zu berücksichtigen.
1505

1506 Jugend ist der Lebensabschnitt für Selbsterfahrung und erste Selbstbestimmung, für Freizeit,
1507 persönliche Entwicklung und gesellschaftliches Engagement. Der mit der Einschulung
1508 zunehmende Leistungsdruck von jungen Menschen muss entzerrt werden. Kinder und
1509 Jugendliche brauchen mehr Freiräume zur selbstständigen Gestaltung
1510

1511 Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die freiwilligen Dienste an der Allgemeinheit und
1512 die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch wichtige gesellschaftliche Arbeit –
1513 und profitieren von diesen wichtigen Erfahrungen. Ein Gewinn für die jungen Menschen ist
1514 nicht zuletzt die Arbeit der Jugendverbände.

1515
1516
1517
1518
1519
1520
1521
1522
1523
1524
1525
1526
1527
1528
1529
1530
1531
1532
1533
1534
1535
1536
1537
1538
1539
1540
1541
1542
1543
1544
1545
1546
1547
1548
1549
1550
1551
1552
1553
1554
1555
1556
1557
1558
1559
1560
1561
1562
1563
1564
1565
1566
1567
1568
1569

Eine SPD-Landesregierung wird

- das aktive Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.
- Mittel für verstärkte Jugendbeteiligung erhöhen und kommunale Internet-Beteiligungsmodelle (E-Jugendbeteiligung) unterstützen.
- die bestehenden Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume entstehen. Aufgabenüberfrachtung sorgt für Nacharbeiten an Wochenenden und Nachmittagen – nicht aber für bessere Lerneffekte.
- gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden dafür sorgen, dass die Komplexität eines Ausbildungsberufes nicht auf Jugendliche abgewälzt wird, sondern dass während der Lehre alle erforderlichen Qualifikationen erworben werden können.
- freiwillige Jahre, Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt in einem Gesamtkonzept gemeinsam mit Stellenanbietern, Freiwilligenagenturen, Sport- und Kulturvereinen bzw. deren Dachverbänden bündeln; Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste soll ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen.
- mit dem Landesjugendring und den Trägern der offenen Jugendarbeit partnerschaftlich Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit sowie die künftige Förderung von Jugendarbeit klären und die Beteiligung kommunaler Träger der Jugendarbeit bei kommunalen Bildungslandschaften absichern.

4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe

Alter und Ruhestand bedeuten für viele Menschen den Aufbruch in eine aktive Lebensphase, in der sie Neues wagen und sich für die Gesellschaft nützlich machen möchten. Mitverantwortung, Teilhabe und aktive Gestaltung des öffentlichen Lebens erhöhen die persönliche Lebensqualität und kommen auch jüngeren wie älteren Generationen zugute.

Doch dafür müssen Politik und Wirtschaft einen neuen gesellschaftlichen Rahmen abstecken. Bildung und Ehrenamt, Wohnungs- und Städtebau sowie öffentlicher Nahverkehr, Gesundheit und Pflege – Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für beinahe alle Landesressorts. In der Gesellschaft muss dafür ein Bewusstseinswandel einsetzen, insbesondere bei manchen Jüngeren. Aber auch ältere Menschen müssen zum Mitmachen ermutigt werden. Alt und Jung auf Augenhöhe – das belebt die Demokratie.

„Alter Macht Zukunft“: Unter diesem Motto verfolgt die SPD das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, in der Menschen in altersgemischten Gruppen leben und ihre Ziele gemeinsam entwickeln. Nötig ist dafür eine neue Kultur, die Altersdiskriminierung und Isolation von Generationen und Geschlechtern beendet und ein Altern in Würde erlaubt.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Erfahrung und Kompetenz der älteren Generation durch Einbindung von Seniorenvertretungen, -verbänden und Landesseniorenrat nutzen.
- Ein Seniorenforum auf Landesebene einrichten und ein Seniorenmitwirkungsgesetz vorlegen.

- 1570 ■ Soziale Netze knüpfen, um durch Beratung und Vermittlung Senioren
1571 Orientierung über die Leistungsangebote und –ansprüche zu vermitteln.
1572
1573 ■ gegen Altersdiskriminierung, z.B. im Gesundheitswesen und am Arbeitsmarkt
1574 vorgehen.
1575
1576 ■ altersgerechte und barrierefreie Infrastrukturen schaffen, z. B. Dienstleistungs-
1577 und Verkehrsangebote sowie Kommunikationseinrichtungen.
1578
1579
1580

1581 **5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile**

1582
1583 Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender gehören zur gesellschaftlichen Gemeinschaft in
1584 Niedersachsen. Für die SPD in Niedersachsen ist es gesellschaftliche Realität und
1585 Normalität, dass Menschen sich zu ihrer sexuellen Identität bekennen.
1586

1587 Trotz der Errungenschaften während der rot-grünen Regierungszeit im Bund wird die
1588 individuelle sexuelle Identität noch immer nicht vorurteilsfrei anerkannt. Fehlende Aufklärung
1589 und Vorurteile in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule, der Ausbildung und am
1590 Arbeitsplatz führen immer noch zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Isolation bis hin zu
1591 menschenverachtenden Reaktionen und Gewalt.
1592

1593 Die Würde aller Menschen zu respektieren und zu tolerieren und diese Menschen zu
1594 schützen, ist Aufgabe und Herausforderung für die SPD. Vor allem die Schule ist Bildungs-
1595 und Erziehungsraum auch in Fragen der individuellen sexuellen Emanzipation. Nicht nur die
1596 sexuelle Aufklärung gehört zu ihrem Auftrag, sondern auch die gesellschaftliche Erziehung
1597 zu Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Identitäten.
1598

1599 Die Bekämpfung von Homophobie ist ebenso eine gesellschaftliche Aufgabe wie die
1600 Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen insgesamt. Die SPD wird mit allen
1601 gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Migrantenorganisationen, an Strategien
1602 arbeiten, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zu akzeptieren.
1603

1604 Eine SPD-Landesregierung wird

- 1605
1606 ■ Antidiskriminierungsgesetze durchsetzen und das Beamtenrecht bei den
1607 Beihilferegeln entsprechend anpassen. Im Niedersächsischen Ministerium für
1608 Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird die Stellung des Beauftragten für den
1609 Abbau der Diskriminierung Homo- und Transsexueller mit ressortübergreifenden
1610 Querschnittsaufgaben gestärkt.
1611

- 1612 ■ im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass eingetragene
1613 Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen
1614 abgeschafft werden. So soll die gesetzliche Gleichstellung eingetragener
1615 Lebenspartnerschaften einschließlich der „Regenbogenfamilien“ verwirklicht und die
1616 Akzeptanz von Kindern aus diesen Familien in Kindertagesstätten und Schulen zur
1617 Normalität werden.
1618

- 1619 ■ die Aufklärung über Homosexualität als Thema in die Lehrpläne der Schulen
1620 aufnehmen und bestehende Aufklärungsprojekte in Bildungseinrichtungen stärken.
1621

- 1622 ■ auch weiterhin lesbisch-schwule Kultureinrichtungen und Einrichtungen der
1623 Erwachsenenbildung unterstützen, um nach dem Motto »Aufklärung durch
1624 Kulturarbeit« eine größere Akzeptanz von Lesben und Schwulen zu erreichen.

1625 V. NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT

1626

1627 Eine fürsorgliche und solidarische Sozialpolitik muss die wichtigen gesellschaftlichen
1628 Themenfelder bearbeiten und zukunftsfähige Lösungen für ihre Probleme anbieten: Armut,
1629 Kindheit und Jugend, Familie und Wohnraum, Gesundheitsvorsorge und Pflege. Armut ist
1630 das größte Zukunftsrisiko für die Gesellschaft. Unter der schwarz-gelben Landesregierung ist
1631 die Gründung einer Familie mit mehreren Kindern zum Armutsrisiko geworden. Lag zu
1632 Beginn der Regierungszeit von CDU und FDP die Quote der Armutsgefährdung noch bei
1633 13,7 Prozent, so stieg sie bis 2011 auf 15,7 Prozent.

1634

1635 Eine SPD-Landesregierung wird die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt des
1636 Landes wieder übernehmen. Sie wird sich nicht mit dem Teufelskreis aus Armut und
1637 Perspektivlosigkeit abfinden. Die Leitlinie sozialdemokratischer Armutsbekämpfung wird
1638 durch die gerechte Verteilung von Chancen und Lebensperspektiven markiert.

1639

1640 Dabei wissen wir um die wichtige Rolle der Freien Wohlfahrtsverbände bei der Gestaltung
1641 des sozialen Niedersachsens. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb das Prinzip der
1642 Subsidiarität weiterhin als zentrale Säule ihrer Politik betrachten und die Arbeit der Freien
1643 Wohlfahrtspflege absichern

1644

1645 In Niedersachsen steht eine weitere große Aufgabe an: die Inklusion, die gleichberechtigte,
1646 vollwertige und wertschätzende Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle
1647 Lebensbereiche der sozialen Gemeinschaft. In Niedersachsen sind knapp 700.000 Frauen
1648 und Männer schwerbehindert. Die Zahl von Menschen mit Behinderungen steigt ständig,
1649 zumal die Gesellschaft älter wird.

1650

1651

1652 **1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten**

1653

1654 Nach der UN-Konvention von 2009 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss
1655 Inklusion in allen Lebensbereichen weltweit und ganz konkret erfolgen. Vom gemeinsamen
1656 Aufwachsen in der Familie, dem Lernen in der Schule, dem Zugang zu Arbeitsmarkt und
1657 Wohnraum bis zur Alterspflege müssen Menschen mit und ohne Behinderung die gleiche
1658 Chance zu selbstbestimmtem Leben und Handeln haben.

1659

1660 Schwarz-Gelb in Bund und im Land Niedersachsen missachtet die UN-Konvention. Mit
1661 Ausnahme des Rechtsanspruchs auf inklusive Schulbildung wurden bisher keine spürbaren
1662 Verbesserungen in der Arbeitswelt oder für das Leben in der Gemeinschaft erreicht.

1663

1664 Die neue Sozialpolitik der SPD richtet sich gegen diese Ausgrenzung. Menschen mit
1665 Handicap können zwar vom Kindergarten bis zum Pflegeheim qualitativ hochwertige
1666 Förderung und Pflege erhalten – aber bisher sind und bleiben sie weitgehend isoliert. Dabei
1667 wollen Menschen mit Behinderungen vor allem eines – dabei sein, dazu gehören und
1668 selbstbestimmt leben können. Die neue Sozialpolitik der SPD macht Ernst mit Solidarität und
1669 Chancengleichheit. Sie wird ein inklusives Niedersachsen schaffen.

1670 Eine SPD-Landesregierung wird

1671

1672 ■ ein Sofortprogramm zur Gestaltung des inklusiven Niedersachsen starten. Ein
1673 Aktionsbündnis wird unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren
1674 Selbsthilfeverbänden unverzüglich einen Aktionsplan für Niedersachsen erarbeiten
1675 und erste Schritte für Inklusion, Barrierefreiheit und direkte Teilhabe festlegen
1676 (siehe dazu Kapitel II.2 – Gute Startchancen ins Leben).

1677

1678 ■ inklusive Förderkonzepte durch effektiveren Einsatz von Mitteln finanzieren, die
1679 durch Kooperation und Bündelung von Leistungen, Umstellung auf individuelle Hilfen,
1680 bessere Beratung und Teilhabeplanung frei werden.

- 1681
1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
- den Weg zu einem inklusiven Arbeitsmarkt durch ein Maßnahmenbündel öffnen: bessere Information der Unternehmen über Hilfsmöglichkeiten bei Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsassistenz; individuelle Vermittlung von Menschen mit Behinderungen durch Fachpersonal der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Integrationsfachdienste; neue Leistungsangebote zur Qualifizierung, Bildung und Arbeit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM);
 - inklusives Wohnen als Aufgabe für alle staatlichen Stellen und in Vorrangstellung bei der öffentlichen Städtebau- und Wohnraumförderung verankern. Dabei werden die Kommunen mit Unterstützung des Landes die Hauptrolle übernehmen. Menschen mit Behinderungen müssen Wahlmöglichkeiten von verschiedenen Wohnformen mit unterschiedlichen Serviceleistungen erhalten.
 - die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des Behindertenrechts auf der Bundesebene vorantreiben. Menschen mit Teilhabebedarf sollen ihre Leistungen aus einer Hand erhalten, bedarfsgerecht und personenbezogen. Rehabilitationsträger von der Bundesagentur für Arbeit bis zur Jugend- und Sozialhilfe sollen regionale Arbeitsgemeinschaften bilden, um bedarfsgerechte Hilfestrukturen zu ermöglichen.
 - das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) so modernisieren, dass die Vorgaben der UN-Konvention berücksichtigt werden und künftig auch der uneingeschränkte Zugang zu allen Lebensbereichen erfasst wird. Daran beteiligt werden Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache.

2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen

1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716

Für die SPD ist Familie dort, wo Kinder sind. Der Begriff „Familie“ umfasst auch sogenannte Patchwork-Familien mit wechselnden Strukturen für das Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern. In manchen Beziehungen sind die Elternpartner nicht verheiratet, in anderen gleichgeschlechtlich. Auch die Zahl der Ein-Eltern-Familien hat zugenommen, zu 90 Prozent sind es alleinerziehende Frauen. Die selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz ist das Kernversprechen sozialdemokratischer Familienpolitik.

1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727
1728
1729

Moderne Familienpolitik bedeutet, dass Frauen und Männer gleichermaßen ein Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe haben. Männer müssen dabei auch in der Rolle des Erziehenden oder Pflegenden gesehen und gesellschaftlich akzeptiert und gestärkt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht beide an. Die andauernden Bestrebungen von Schwarz-Gelb, das überholte Familienbild der sechziger Jahre wiederzubeleben, gehen an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Stattdessen verdienen alle Familien mit Kindern staatliche Unterstützung – insbesondere dabei, familiäre Aufgaben wie Kindererziehung und Pflege von Angehörigen mit dem Beruf zu vereinbaren. Darüber hinaus müssen Familien in prekären Lebensverhältnissen eine „Grundsicherung“ für Kinder erhalten, um deren Betreuungs- und Bildungsangebote zu sichern: Sie umfasst alle auf Kinder bezogenen Leistungskomponenten wie Kindergeld, Elterngeld, Kinderzuschlag und beitragsfreie Kindertagesstätten.

1730
1731
1732
1733
1734
1735
1736

Nicht mehr zeitgemäß sind die herkömmlichen Steuer- und Sozialleistungssysteme. So bezieht sich das Ehegattensplitting allein auf das traditionelle Rollenmuster einer Ehe mit einem Alleinverdiener. Die übliche Aufteilung der Steuerklassen nach dem Modell III / V benachteiligt Ehefrauen, da es für sie weniger Anreize auf höhere Einkommen und bei Arbeitslosigkeit geringere Ansprüche auf Arbeitslosengeld bedeutet. Dieses Modell muss durch eine Individualbesteuerung mit Vertrauensschutz für Bestandesehen ersetzt werden. Ziel der SPD ist es, steuerliche Anreize zu setzen, wo Kinder sind.

1737
1738
1739
1740
1741
1742
1743
1744
1745
1746
1747
1748
1749
1750
1751
1752
1753
1754
1755
1756
1757
1758
1759
1760
1761
1762
1763
1764
1765
1766
1767
1768
1769
1770
1771
1772
1773
1774
1775
1776
1777
1778
1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792

Eine SPD-Landesregierung wird

- einen flächendeckenden Auf- und Ausbau von Familienzentren unterstützen, die Eltern in allen Lebensbereichen Beratung aus einer Hand anbieten. Die bereits bestehenden Mehrgenerationenhäuser und Familienbildungszentren sind in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Die SPD setzt dabei insbesondere auf die Unterstützung der Wohlfahrts- und Familienverbände.
- Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr mit Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz sicherstellen (*siehe Kapitel II.2*).
- Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch für Unternehmen betriebliches Engagement bei Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger selbstverständlicher Bestandteil einer aktiven Personalpolitik ist.
- die Rolle der Väter in der Erziehung durch ein Handlungskonzept zur künftigen Entwicklung der Väterarbeit stärken und so für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sorgen, insbesondere in der Arbeitswelt.
- Konzepte für die Entzerrung der Arbeitszeit vorlegen, die Menschen einen temporären Rückzug vom Arbeitsplatz für Erziehungs- und Pflegezeiten ohne Beeinträchtigung der Stellung im Betrieb ermöglichen. Begleitend werden die Angebote der Familienerholung und Familienfreizeiten für bedürftige Familien gefördert.
- die lokalen „Bündnisse für Familie und Beruf“ stärken und weiter entwickeln.

3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention

In frühester Kindheit werden die Weichen für ein gesundes und glückliches Aufwachsen und für die Entfaltung der Persönlichkeit gestellt. Aber: Von Armut in den Familien werden am meisten junge Menschen betroffen. Soziale Ausgrenzung und Ausgrenzung bei Bildungschancen kann für sie lebenslange Armut bedeuten. Und: Während die meisten Menschen Familie mit privatem Glück, Geborgenheit und Sicherheit verbinden, ist sie doch viel zu oft auch Ort von Kindesmisshandlungen, Missbrauch und Verwahrlosung. Kinder brauchen Rückhalt, eine Politik im Interesse der Kinder schafft ein Schutznetz für Kinder und Jugendliche.

Die steigenden Zahlen der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen belegen, dass die Gefahr einer Kindeswohlgefährdung inzwischen deutlicher gesehen wird. Andererseits unterstreichen diese Zahlen aber auch die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen. Verbesserungen für Kinder müssen bisher noch immer gegen den massiven Widerstand von CDU und FDP durchgesetzt werden. So war es die SPD, die 2009 gemeinsam mit den Verbänden und der Öffentlichkeit die jahrelange schwarz-gelbe Blockade gegen die Aufnahme von Kinderrechten in die Niedersächsische Verfassung beenden konnte. Seitdem heißt es, diese neuen Rechte mit Leben zu füllen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- mit einem Niedersächsischen Kinderschutz und –fördergesetz Unterstützung für Kinder neu ausrichten und mit den Kommunen auf ein stabiles Fundament stellen.

- 1793 ■ flächendeckend lokale Netzwerke und Familienzentren unter Einbindung der
 1794 Mehrgenerationenhäuser aufbauen, um lückenlos und möglichst niedrigschwellig
 1795 Unterstützung anzubieten. Bereits bestehende Angebote der Frühförderung,
 1796 Beratung und Betreuung sollen darin eingebunden werden.
 1797
- 1798 ■ in einem Landeskinderschutz- und -förderbericht die Situation von Kindern
 1799 regelmäßig auswerten, um zielgenau Hilfe und Unterstützung anzusetzen.
 1800
- 1801 ■ nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages eine Kinderkommission
 1802 einrichten, die sich um die Interessen der niedersächsischen Kinder kümmert.
 1803
- 1804 Niedersachsen darf keinen jungen Menschen verloren geben. Doch hinter der
 1805 vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit verbirgt sich eine tiefe Spaltung zwischen
 1806 Bildungsgewinnern und -verlierern. Die CDU/FDP-Landesregierung vertieft diese Spaltung
 1807 noch mit dem Rückzug aus erfolgreichen Landesprogrammen zur Qualifizierung und
 1808 Weiterbildung benachteiligter Jugendlicher. Gewaltprävention und Bekämpfung
 1809 rechtsextremistischer, rassistischer und antidemokratischer Tendenzen dümpeln vor sich
 1810 hin. Das schwarz-gelbe Kabinett beweist mit der Einrichtung des geschlossenen Kinder- und
 1811 Jugendheims in Lohne, dass es in der Arbeit mit schwierigen, auch kriminellen Jugendlichen
 1812 vor allem auf Strafe, Repression und Einschüchterung setzt. Aufgaben des Landes als
 1813 überörtlicher Jugendhilfeträger werden seit Auflösung des Landesjugendamtes und der
 1814 Abschaffung des Jugendhilfeausschusses faktisch nicht mehr wahrgenommen.
 1815
- 1816 Schwarz-Gelb gefährdet mit der Unterstützung der sogenannten SGB II-Instrumentenreform
 1817 durch die Bundesregierung auch die erfolgreiche Arbeit der mehr als 100 niedersächsischen
 1818 Jugendwerkstätten mit mehreren tausend Jugendlichen. Darüber hinaus hat die Koalition die
 1819 Beteiligung Jugendlicher an ihren Interessenvertretungen auf Landesebene gekappt.
 1820
- 1821 Eine SPD-Landesregierung wird diesen falschen Kurs korrigieren:
 1822
- 1823 ■ Das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
 1824 (AG KJHG) wird novelliert. Damit kehren Fachlichkeit und Mitbestimmung der
 1825 Betroffenen zurück in die Jugendpolitik des Landes. Der Landesjugendhilfeausschuss
 1826 wird wieder eingeführt und die erneute Einrichtung des Landesjugendamtes geprüft.
 1827
- 1828 ■ Die Jugendpolitik ganzheitlich betrachten und gemeinsam mit allen Akteuren ein
 1829 Landeskonzept zur Jugendarbeit einschließlich der Jugendkulturarbeit vorlegen.
 1830
- 1831 ■ Kinder- und Jugendhilfe muss wieder ganzheitlich zwischen kommunaler und
 1832 Landesebene gestaltet werden. Dort, wo die Kommunalisierung der Kinder- und
 1833 Jugendhilfe notwendig ist, werden Kommunen partnerschaftlich so gestärkt, dass sie
 1834 dieser Aufgabe nachgehen können.
 1835
- 1836 ■ Die Vertrauensbasis des Landes gegenüber den Trägern der ehrenamtlichen
 1837 Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wird wiederhergestellt. Die Träger erhalten
 1838 Planungssicherheit. Ihre Arbeit für die soziale Daseinsfürsorge ist unverzichtbar.
 1839
- 1840 ■ Das Land wird wieder in der präventiven Jugend(sozial)arbeit aktiv. Es wird die
 1841 Korrektur der SGB II-Instrumentenreform fordern, um u.a. die Arbeit der
 1842 niedersächsischen Jugendwerkstätten dauerhaft zu sichern.
 1843
- 1844 ■ Die Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen sowie in der Kinder- und
 1845 Jugendhilfe werden erweitert und verstärkt.
 1846

1847 ■ Die Suchtprävention und Suchtbekämpfung bei Kindern und Jugendlichen wird
1848 ausgebaut. Dabei sind über Alkohol- und Drogenmissbrauch hinaus auch sogenannte
1849 Verhaltenssuchte wie Ernährungsstörungen oder Onlinesucht zu beachten.

1850
1851 ■ Das Asyl- und Staatsbürgerschaftsrecht wird so geändert, dass Jugendliche,
1852 junge Erwachsene oder deren Familienangehörigen nicht mehr von Abschiebung
1853 bedroht werden und ein Schulabschluss in Niedersachsen mit einer unbefristeten
1854 Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbunden wird.

1855
1856
1857

4. Gute Pflege für alle

1858
1859
1860 Mitten im Leben: Älteren Menschen diese Möglichkeit zu geben, ist für Politik und
1861 Gesellschaft eine Verpflichtung der Daseinsvorsorge – und ganz praktisch eine Frage
1862 menschenwürdiger Pflege und solidarischer Absicherung des Pflegerisikos. Heute
1863 entscheidet sich, wie wir morgen gepflegt werden. Der Marsch in die Billigpflege muss
1864 gestoppt werden. Qualität muss oberstes Gebot in der Pflege sein.

1865
1866 Unter Schwarz-Gelb steht Niedersachsens Pflege vor dem Notstand: Das Pflegesystem ist
1867 dramatisch unterfinanziert. Doch bis 2020 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in
1868 Niedersachsen um mehr als 60.000 auf dann über 300.000 ansteigen. Bereits jetzt fehlen
1869 rund 3.000 Pflegekräfte, bis 2020 werden es zehn Mal so viele sein. Dazu bestimmen
1870 schlechte Bezahlung und überfordernde Arbeitsbedingungen den Alltag des
1871 Pflegepersonals. Durch Kürzungen und Streichungen in der Pflege, vor allem in der Kurzzeit-
1872 und Verhinderungspflege, wurden die Probleme verschärft. Dies belastet zunehmend auch
1873 die Angehörigen, die ohnehin den größten Anteil der Pflegeleistungen schultern.

1874
1875 Eine SPD-Landesregierung will diese unwürdigen Zustände beenden. Auf der Bundesebene
1876 tritt sie für eine gesicherte Finanzierung des Pflegesystems durch eine Pflege-
1877 Bürgerversicherung ein. Sie wird eine gute und sichere Pflege gewährleisten:

1878
1879 ■ Die Altenpflegeausbildung wird durch Umlagen zwischen ausbildenden und nicht-
1880 ausbildenden Einrichtungen mitfinanziert. Die Grundausbildung in der Alten-,
1881 Kranken- und Gesundheitspflege wird zusammengeführt, die Schulgeldfreiheit für die
1882 Schüler der Altenpflege wird gesetzlich abgesichert.

1883
1884 ■ Die Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche muss durch eine tarifliche
1885 Entlohnung beendet werden: Gute Pflege braucht gute Arbeit.

1886
1887 ■ Die Pflegesätze müssen auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der
1888 westdeutschen Bundesländer angehoben werden.

1889
1890 ■ Zur Entlastung der Pflege in der Familie werden die Kürzungen in der Kurzzeit-
1891 und Verhinderungspflege korrigiert.

1892
1893 ■ Der Bürokratieabbau wird durch Bündelung und gemeinsame Vollzugspläne der
1894 Prüfinstitutionen bei gleichzeitiger Reduzierung der Besuchsintervalle eingeleitet.

1895
1896 ■ Die kommunale Mitverantwortung für eine leistungsfähige Pflegeinfrastruktur und
1897 die Pflicht zur Vorlage kommunaler Pflegebedarfspläne werden gesetzlich verankert.

1898
1899 ■ Die Palliativ- und Hospizversorgung wird im Dialog mit der Hospizbewegung und
1900 der Palliativmedizin flächendeckend ausgebaut. Tausende Freiwillige leisten in mehr
1901 als 100 Hospizvereinigungen unschätzbare Arbeit, um schwerstkranken und

1902 sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zum Tod zu ermöglichen und sie
1903 beim Sterben zu begleiten.

1904
1905
1906

5 . Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten

1907
1908
1909
1910
1911
1912

Gesundheit ist der Weltgesundheitsorganisation zufolge „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Diesen Zustand für alle Menschen weitestgehend zu erhalten, gehört zu den Kernversprechen des Sozialstaats. Das Gesundheitsrisiko darf nicht privatisiert werden. Jede Form der Zwei-Klassen-Medizin nach schwarz-gelbem Muster ist unsozial. Maßstab für Gesundheitsleistungen sind medizinische Qualität und die Bedürfnisse von Patienten, nicht Lobbyinteressen.

1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923

Kennzeichen einer modernen Gesundheitspolitik ist eine leistungsfähige, sichere, flächendeckende und bezahlbare medizinische Versorgung. Grundlage dafür bleibt die paritätisch finanzierte Krankenversicherung mit einem einheitlichen Leistungskatalog und stabilen Beiträgen. Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen jedoch neue Wege. Es müssen zukunftsfähige und bedarfsgerechte Strukturen zur medizinischen Versorgung in allen Landesteilen geschaffen werden.

1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930

Die künstliche Trennung zwischen medizinisch ambulanter, stationärer und pflegerischer Versorgung hat sich überlebt. Sie führt zu Über-, Unter- und Fehlversorgung. Insbesondere in den ländlichen Gebieten muss eine regional abgestimmte medizinische Versorgung aus einer Hand entwickelt werden. Das erfordert Schwerpunktbildungen, regionale Kooperationen und auch Fusionen.

1931
1932
1933
1934

Auch Selbsthilfegruppen werden eine weiter wachsende Bedeutung bekommen. Sie unterstützen Patienten als Experten in eigener Sache und füllen so Defizite im sozialen Sicherungssystemen aus. Sie sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

1935
1936
1937
1938
1939

Entscheidender Ansatzpunkt für eine gute, insbesondere hausärztliche Versorgung ist nicht höheres Ärztehonorar, sondern bessere Aus- und Weiterbildung in der Allgemeinmedizin. 60 Prozent der Medizinstudenten sind Frauen. Auch deshalb werden strukturpolitische Maßnahmen der Kommunen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger.

1940
1941

Eine SPD-Landesregierung wird

1942
1943
1944
1945

- die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung zur Gesundheitsversorgung vorantreiben.

1946
1947
1948
1949

- die Studienbedingungen an den Lehrstühlen für Allgemeinmedizin reformieren, die Weiterbildung von Hausärzten und die Umschulung von Fach- zu Hausärzten fördern.

1950
1951
1952

- Landesförderprogramme für Mediziner auflegen, die sich auf dem Lande niederlassen wollen.

1953
1954
1955

- Mobilitätskonzepte entwickeln, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen sollen.

- 1956 ■ Die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stärken und
- 1957 weiterentwickeln. Das gilt vor allem für Gesundheitsvorsorge von Kindern und
- 1958 Jugendlichen
- 1959
- 1960 ■ ein Landesprogramm für geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und
- 1961 Prävention starten, das auch dem besonderen Zugang von Männern zu diesen
- 1962 Leistungen gerecht werden soll;
- 1963
- 1964 ■ die Prävention von HIV-Infektionen unterstützen, um ehrenamtliches und privates
- 1965 Engagement gegen diese tödliche Krankheit zu ergänzen;
- 1966
- 1967 ■ ein Psychatriekonzept vorlegen, um die negativen Folgen der schwarz-gelben
- 1968 Privatisierung von Landeskrankenhäusern und besonders die Versorgungslücken in
- 1969 der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beseitigen;
- 1970
- 1971
- 1972

6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation

1973 Die Krankenhauslandschaft hat sich verändert. Medizinischer Fortschritt senkt die

1974 Aufenthaltsdauer der Patienten, technischer Fortschritt führt zu besserer, aber auch teurer

1975 Apparate-Medizin. Eingriffe, die früher eine stationäre Aufnahme notwendig machten,

1976 werden heute ambulant vorgenommen. Der Trend zu spezialisierten, größeren

1977 Krankenhäusern und zur Privatisierung ist unübersehbar. Die Bundesregierung ist

1978 aufzufordern, gleichberechtigte Rahmenbedingungen in der Krankenhausfinanzierung zu

1979 gewährleisten.

1980 Diese Strukturveränderungen und die demografische Entwicklung erfordern neben präzisen

1981 Bedarfsplanungen mehr Abstimmung, Kooperation und Aufgabenteilung. Notwendig sind

1982 auch bessere ambulante Versorgungsnetze und integrierte Versorgung, Notfall- oder

1983 Portalkliniken mit moderner Diagnosefähigkeit, erhöhte Transportkapazitäten und neue

1984 Techniken wie die Telemedizin.

1985 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Chance verpasst, die Krankenhäuser zu

1986 modernisieren. Stattdessen sind sie chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau wird

1987 inzwischen auf rund eine Milliarde Euro geschätzt. Niedersachsen ist bundesweit zum

1988 Schlusslicht in der Krankenhausfinanzierung geworden.

1989 Eine SPD-Landesregierung wird die Krankenhausförderung wieder an den Bedürfnissen der

1990 Patienten orientieren. Ziel ist ihre sichere, flächendeckende und moderne Versorgung:

- 1991 ■ Landesinvestitionen orientieren sich an Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit
- 1992 und Wirtschaftlichkeit.
- 1993
- 1994 ■ Kooperationen, Fusionen und Schwerpunktbildungen von Krankenhäusern
- 1995 müssen vorrangig gefördert werden. Dies gilt vor allem auch für unterversorgte
- 1996 Indikationen wie z.B. Geriatrie, Palliativmedizin oder Demenzerkrankungen.
- 1997
- 1998 ■ Konsequenter und sektorenübergreifend müssen ambulante, stationäre,
- 1999 pflegerischer Versorgung verzahnt werden. Gesundheitsregionen sollen in diesem
- 2000 Sinne eingerichtet und weiterentwickelt werden.
- 2001
- 2002 ■ Krankenhaushygiene erhält höchste Priorität.
- 2003
- 2004 ■ In jeder Klinik soll es Patientenförsprecher geben.
- 2005
- 2006
- 2007
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011

2012 Die SPD befürwortet die Organspende und ermutigt die Bevölkerung, mit einem
2013 Organspende-Ausweis nach dem Tod ihre Bereitschaft zu Organ- und Gewebeentnahme zu
2014 dokumentieren. Der Mangel an Spenderorganen gefährdet Leben. Allerdings erfordern
2015 ärztliche Geschäftemacherei und kriminelle Bevorzugung von Patienten transparente und
2016 eindeutige Regelungen in diesem sensiblen Medizinbereich.

2017
2018

2019 Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen,

2020

2021 ■ dass die neuen bundesweiten Regelungen zur Organtransplantation umgehend
2022 in Landesrecht umgesetzt werden, um möglichst schnell Rechtssicherheit zu
2023 schaffen;

2024

2025 ■ dass in allen Krankenhäusern mit Intensivbetten Transplantationsbeauftragte
2026 bestellt werden.

2027

2028

2029

2030

7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche

2031

2032 Mit rund 370.000 Arbeitnehmern und einem prognostizierten Wachstum von jährlich drei
2033 Prozent gehört die soziale Gesundheitswirtschaft zu den großen und vielversprechenden
2034 Wirtschaftsbranchen im Land. Allein für Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung
2035 werden jährlich mehr als 20 Milliarden Euro ausgegeben. Neben erfolgreichen
2036 Krankenhäusern, großen Kurzentren, innovativer Medizinforschung und -technologie hat
2037 Niedersachsen mit Küste, Harz und Heide auch landschaftlich exzellente Voraussetzungen,
2038 zum Spitzenland im Gesundheits-, Sport- und Wellness-tourismus zu werden.

2039

2040 Zwei starke Trends verleihen der Gesundheitswirtschaft Perspektive: Der individuelle Drang
2041 nach Fitness, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden schon bei jungen Leuten und der
2042 demografische Wandel. In seinem Gefolge steigen die Aktivitäten von Wellness und
2043 Gesundheitsvorsorge. Betriebliche Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation werden zudem
2044 bei verlängerten Lebensarbeitszeiten immer wichtiger.

2045

2046 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Potenziale der Gesundheitswirtschaft und ihres
2047 Beschäftigungsmarkts nicht genutzt. Im bundesweiten Vergleich liegt Niedersachsen heute
2048 gemeinsam mit Thüringen auf dem vorletzten Platz.

2049

2050 Eine SPD-Landesregierung wird

2051

2052 ■ einen „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen“ vorlegen. Sie
2053 wird damit Niedersachsen als starken Standort für die soziale Gesundheitswirtschaft
2054 etablieren. Der Masterplan enthält Konzepte für den für regionalen Ausgleich und
2055 definiert Qualitätsstandards für Güter und Dienstleistungen der Branche.

2056

2057

2058

2059

8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität

2060

2061 In den großen Städten fehlen zunehmend Wohnungen für Menschen mit unterem und
2062 mittlerem Einkommen, in ländlichen Regionen stehen dagegen Wohnungen leer. Während
2063 der freie Wohnungsmarkt vor allem die Bedürfnisse der oberen Einkommen bedient, wurde
2064 die soziale Wohnraumförderung vernachlässigt. Zwischen 2002 und 2012 sind die
2065 Belegrechte in Niedersachsen von 114.957 auf 84.755 Bindungen gesunken. Hinzu kommt
2066 besonders in den großen Städten ein rasanter Anstieg der Mieten.

2067

2068 Die Entwicklung des Wohnungsmarkts in Niedersachsen ist unter Regie der schwarz-gelben
2069 Landesregierung besorgniserregend. Es fehlen in Stadt und Land sozial orientierte
2070 Strategien für einen differenzierten Marktausgleich. Daran ändert auch nichts die jüngste 10-
2071 Millionen-Aufstockung des Wohnraumförderungsprogrammes auf 49,9 Millionen Euro. Damit
2072 lassen sich landesweit kaum 200 Wohnungen fördern – das ist nicht mehr als der
2073 sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

2074
2075 Die SPD wird die strukturpolitische und soziale Schieflage in der Wohnungspolitik beseitigen.
2076 Sie wird die Prioritäten für Förderung von der Eigentumsbildung durch Neubau zur
2077 Sanierung im Bestand verschieben. Sie wird alle Förderinstrumente von Bund und Land
2078 darauf konzentrieren, die soziale Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten
2079 und die soziale Stabilität der Wohnquartiere zu sichern.

2080
2081 Die „zweite Miete“ aus Betriebs- und Nebenkosten wird bei steigenden Energiepreisen für
2082 viele Bevölkerungsschichten zur Belastung. Die erforderlichen Investitionen für
2083 Energiewende und Klimaschutz lassen sich häufig nicht umsetzen, weil der Markt die
2084 Umlage der Sanierungskosten nicht hergibt bzw. Mieter weitere Mietsteigerungen nicht
2085 bezahlen können. Insofern scheitert die energetische Gebäudesanierung nicht am angeblich
2086 zu starren Mieter- und Verbraucherschutz. Statt der Änderung des Mietrechts, wie sie die
2087 Bundesregierung plant, muss eine ausreichende und gezielte öffentliche Förderung die
2088 klimapolitischen Ziele unterstützen.

2089
2090 Eine SPD-Landesregierung wird Initiativen ergreifen,

2091
2092 ■ um die Wohnraummittel durch den Bund in mindestens der bisherigen Höhe zu
2093 erhalten sowie die Zweckbindung für den Wohnungsbau auf Landesebene
2094 umzusetzen.

2095
2096 ■ um die Mittel der sozialen Wohn- und Städtebauförderung koordiniert einzusetzen
2097 und aufzustocken.

2098
2099 ■ um in Stadtquartieren einen Mindestbestand von Sozialwohnungen zu erhalten.

2100
2101 ■ um die Förderung von Eigentumsmaßnahmen auf einkommensschwache junge
2102 Familien zu konzentrieren.

2103
2104 ■ um Mieter finanziell zu unterstützen, wenn sie bei der Wohnungsumwandlung in
2105 Eigentum ihr Vorkaufsrecht ausüben wollen. Dies trägt dazu bei, Gentrifizierung zu
2106 vermeiden.

2107
2108 ■ um in ländlichen Regionen die Fördermöglichkeiten der Dorfentwicklung zu
2109 ergänzen, um Leerstände abzubauen. Schwerpunkte dabei sind Häuser, die das
2110 Ortsbild prägen und der Rückbau von verfallenen Gebäuden in den Ortszentren.

2111
2112 ■ um altersgerechte und barrierefreie Wohnungen zusätzlich zu schaffen bzw.
2113 umzubauen.

2114
2115

2116 VI. NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK –
2117 FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE

2118

2119

2120

1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts

2121

2122

Bund und Länder sind nach der Verfassung verpflichtet, die Staatsverschuldung zu begrenzen und Haushaltsdefizite abzubauen. Ab 2020 greift die Schuldenbremse auch für die Länder. Die SPD bekennt sich zu der Notwendigkeit, den Landeshaushalt zu konsolidieren und eine entsprechende Verfassungsänderung vorzunehmen. Allerdings darf aus der Schuldenbremse keine Zukunftsbremse werden: Das Land muss seine Aufgaben weiter erfüllen und Spielräume für Investitionen und Innovationen behalten – so für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Bewältigung des demografischen Wandels.

2123

2124

2125

2126

2127

2128

2129

2130

CDU und FDP haben sich in zehnjähriger Regierungszeit zu den größten Schuldenkönigen Niedersachsen entwickelt: Sie haben die Landesschulden um 50 Prozent von rund 40 auf die Rekordsumme von rund 60 Milliarden Euro gesteigert. Schwarz-Gelb wird bei einem Regierungswechsel 2013 jedem Niedersachsen die Schuldenlast von 8.760 Euro hinterlassen. Aus durchsichtigen Gründen will sich nun die gleiche Regierung für den Beschluss feiern lassen, Schuldenabbau bereits ab 2017 zu betreiben: ohne seriöse Folgenabschätzung, ohne zu sagen, wo genau gespart werden soll und ohne wirksamen Schutz für den Landeshaushalt und die Kommunen. Das ist alles andere als seriös.

2131

2132

2133

2134

2135

2136

2137

2138

2139

Die mit der Schuldenbremse verbundene Änderung der Verfassung wird die folgenreichste seit Bestehen des Landes sein. Sie erfordert ein jährliches Volumen an Einsparungen bzw. Neufinanzierung von 1,5 Milliarden Euro. Immerhin entspricht diese Summe etwa zwei Drittel der bisherigen Sozialausgaben oder einem Drittel der Ausgaben für Bildung, Forschung und Kultur. Dies erfordert einen realistischen Abbaupfad – der mangels seriöser Vorbereitung durch Schwarz-Gelb allerdings frühestens ab 2017 gelten kann, der Politik aber einen Gestaltungsspielraum bis zum Jahr 2020 lassen muss.

2140

2141

2142

2143

2144

2145

2146

Eine SPD-Landesregierung wird die Schuldenbremse verantwortungsvoll planen und:

2147

2148

- im ersten Schritt eine präzise Analyse der Rahmendaten des Landeshaushalts vornehmen.

2149

2150

2151

- im Rahmen der konkreten Finanzplanung die Risiken für Einnahmen und Ausgaben abschätzen.

2152

2153

2154

- unbeherrschbare Haushaltsrisiken für das Land und die Kommunen ausschließen.

2155

2156

2157

- für künftige Landesausgaben klare Prioritäten setzen.
- Initiativen zur Einführung einer Vermögenssteuer und zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit dem Ziel ergreifen, Investitionen in Infrastruktur und Bildung vornehmen zu können.

2158

2159

2160

2161

2162

2163

2164

2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen

2165

Nirgendwo zeigt sich Demokratie direkter als in den Kommunen, Kreisen und Regionen. Hier ist der Mittelpunkt der Gesellschaft, hier leben und arbeiten die Menschen, und hier begegnen sie im Idealfall auf Augenhöhe dem Staat und seinem Handeln.

2166

2167

2168

2169

2170

2171 Die Menschen merken, ob es ihrem Gemeinwesen schlecht geht, ob es vernachlässigt wird.
2172 Sie fühlen sich in dieser überschaubaren Welt geborgen, weil die Polizei für Sicherheit und
2173 Ordnung sorgt. Oder sie sind unsicher, weil sie sich schutzlos fühlen – nicht zuletzt
2174 gegenüber rechtsextremistischen Auswüchsen. Sie beurteilen die Justiz nach der
2175 Unabhängigkeit der Gerichte – und registrieren, wenn die Rechtsprechung überfordert ist.
2176 Wenn sie als Migranten hier leben, merken sie schnell, ob sie willkommen und
2177 gleichberechtigt sind oder nicht.
2178
2179 Niedersachsen braucht eine neue Politik. Das zeigt sich besonders am inneren Zustand des
2180 Landes: Kommunen und Kreise in Not, Regionalentwicklung nach dem Zufallsprinzip, zu viel
2181 Bürokratie und schlechte Stimmung bei der Polizei, eine Justiz, die in Teilen vor dem
2182 Arbeitspensum kapituliert, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf
2183 halbem Wege stecken geblieben.
2184
2185 Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise brauchen eine starke, handlungsfähige
2186 kommunale Selbstverwaltung und stabile Finanzen, um gemeinsam mit den Menschen den
2187 Alltag und die Zukunft zu gestalten. Die wichtigsten Aufgaben der öffentlichen
2188 Daseinsvorsorge – Schulen und Kitas, Sozialeinrichtungen und Rettungsdienste, Müllabfuhr,
2189 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, schließlich der ÖPNV: Sie müssen in allen
2190 Teilen des Landes funktionieren – auch dort, wo wegen des Bevölkerungsrückgangs weniger
2191 Menschen leben.
2192
2193 Die allgemein dramatische Verschlechterung der kommunalen Finanzen verstärkt das
2194 Ungleichgewicht zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen weiter. In den
2195 vergangenen neun Jahren sind unter Schwarz-Gelb die Liquiditätskredite, die Dispo-Kredite
2196 der Kommunen, von gut zwei auf mehr als fünf Milliarden Euro gestiegen. In manchen
2197 Jahren konnten weit mehr als die Hälfte der Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen.
2198 Die Folgen sind landauf, landab in Niedersachsen zu sehen: Öffentliche Gebäude und
2199 Straßen werden vernachlässigt, der Krippenausbau kommt nicht voran, kulturelle und soziale
2200 Angebote werden abgebaut oder gestrichen.
2201
2202 Durch Gesetzesänderungen von CDU/FDP ist das Kommunalwahlrecht verschlechtert
2203 worden: Die lange Amtszeit von (Ober)Bürgermeistern und Landräten trennt willkürlich deren
2204 Wahl von der der Räte und Kreistage. Die Abschaffung der Stichwahl für
2205 Hauptverwaltungsbeamten schwächt ihre Legitimation und die kommunale Demokratie. Die
2206 niedersächsischen Kommunen und Kreise müssen aus ihrer Notlage befreit werden.
2207
2208 Eine SPD-Landesregierung wird
2209
2210 ■ die kommunale Selbstverwaltung stärken und Möglichkeiten der Kommunen zur
2211 wirtschaftlichen Betätigung absichern sowie einengende Regelungen aufheben.
2212
2213 ■ wie andere sozialdemokratisch geführte Länder die niedrigen Zinsen nutzen, um
2214 ein ernsthaftes Entschuldungsprogramm für Niedersachsens Kommunen aufzulegen.
2215
2216 ■ die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen und beim kommunalen
2217 Finanzausgleich demografische Entwicklungen berücksichtigen.
2218
2219 ■ dafür sorgen, dass von den notwendigen Steuererhöhungen auf Bundesebene ein
2220 gerechter Anteil an die Kommunen gelangt und die Entlastungen der Kommunen
2221 durch den Bund nicht in der Landeskasse hängen bleibt.
2222
2223 ■ die Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung nicht zulasten der
2224 Kommunen einführen und Bundesgesetzen ablehnen, die kommunale Einnahmen
2225 schmälern oder ihnen neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich zuweisen.
2226

2227 ■ bei Kommunalwahlen die Wahl der Hauptverwaltungsbeamten wieder mit den
2228 Rats- und Kreistagswahlen verbinden und die Stichwahl für sie einführen.

2229
2230
2231

3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen

2232

2233 Regionale Förderung und Entwicklung heißt vor allem, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
2234 mit der Politik für den ländlichen Raum zu koordinieren. Mit der wachsenden Bedeutung der
2235 Europäischen Union müssen ebenso intensiv die Wirtschaftsregionen des Landes mit der EU
2236 verknüpft werden. Für Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 ist das besonders wichtig.

2237

2238 Die SPD wird deshalb ein Ministerium für Europa, Regionale Entwicklung und Landwirtschaft
2239 einrichten. Hier werden Kompetenzen gebündelt, Vergabe-Entscheidungen über die Mittel
2240 des Europäischen Strukturfonds getroffen und der Strukturwandel in den Regionen aktiv
2241 begleitet. Bei diesem Strukturwandel brauchen die Regionen des Landes dezentrale
2242 staatliche Entscheidungskompetenzen, um ihren jeweiligen Entwicklungsperspektiven
2243 gerecht zu werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2005 mit der Abschaffung der
2244 Bezirksregierungen unübersichtliche, ineffiziente Verwaltungsstrukturen bewirkt und die
2245 Regionen ins Abseits gestellt.

2246

2247 Mit einer SPD-Landesregierung bekommt der Sachverstand in Niedersachsens Regionen
2248 wieder eine Chance und Entscheidungskompetenz kehrt in die Fläche zurück:

2249

2250 ■ Vier Landesbeauftragte werden in Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und
2251 Oldenburg angesiedelt. Sie nehmen dort im Auftrag der Landesregierung verbindliche
2252 Entscheidungsbefugnis wahr.

2253

2254 ■ Die Landesbeauftragten werden dem neuen Ministerium für Europa, Regionale
2255 Entwicklung und Landwirtschaft angehören. Sie arbeiten dort als Regionalabteilungen
2256 der Landesregierung.

2257

2258 Die Landesbeauftragten sollen koordinieren und konzentrieren, reibungslos dezentrale
2259 Entscheidungen ermöglichen und die Entwicklung der Regionen voranbringen. Kommunen
2260 und die Wirtschaft haben damit wieder einen direkten Ansprechpartner und die
2261 Regionalentwicklung wird mit den Partnern vor Ort geplant. Die Landesbeauftragten sind
2262 Anwälte der Regionen und deren Entwicklungsagenturen in einer Person.

2263

2264

2265

4. Polizei der Bürger – Garant für öffentliche Sicherheit und Ordnung

2266

2267 Ob im Straßenverkehr oder bei der Verbrechensbekämpfung, ob bei Demonstrationen oder
2268 der Begleitung von Fußballspielen: Die niedersächsische Polizei ist ein Garant für öffentliche
2269 Sicherheit und Ordnung. Als Polizei der Bürger vereinigt sie umfassende
2270 Ermittlungskompetenz und ausreichende Präsenz „auf der Straße“. Die große Polizeireform
2271 in den 1990er Jahren hat gut funktionierende Strukturen hinterlassen – in der integrierten
2272 Aus- und Fortbildung von Schutz- und Kriminalpolizei wie auch in der Arbeit vor Ort..

2273

2274 Inzwischen hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Integration von Kriminal- und
2275 Schutzpolizei bürokratisch verwässert und den Polizeidienst mit Verwaltungsaufgaben
2276 überfrachtet. Zunehmend werden Polizeibeamte für Schreibtischbürokratie eingesetzt., Den
2277 inneren Alltag der Beamten bestimmen unbefriedigende Arbeitsbedingungen und fehlende
2278 Aufstiegs- und Zukunftschancen. Mehr als nur symbolisch steht dafür der sogenannte „A11-
2279 Erlass“, der eine Beförderung zum Hauptkommissar von bestimmten Dienstposten abhängig
2280 und damit für viele Beamte unmöglich macht.

2281

2282

2283 Eine SPD-Landesregierung wird

2284

2285 ■ die Entwicklungschancen im Polizeidienst gerechter gestalten und
2286 Aufstiegschancen verbessern. Dazu gehört die Rücknahme des sogenannten „A 11-
2287 Erlasses“. Im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten wird schnellstmöglich wieder
2288 die Voraussetzung geschaffen, grundsätzlich in jeder Funktion nach A 11 BBesO
2289 befördert zu werden. Zu diesen Fragen wird der Dialog zu allen Berufsvertretungen
2290 unverzüglich wieder aufgenommen.

2291

2292 ■ die Selbständigkeit der Polizei vor Ort stärken, damit sie Kriminalität bürgernah
2293 und lokal angepasst bekämpfen kann.

2294

2295 ■ an den Weg zu einer Bürgerpolizei anknüpfen, wie er in den 1990er Jahren
2296 begonnen worden ist.

2297

2298 ■ dafür sorgen, dass die Polizei vernetzt und mit modernen Medien auf die neuen
2299 Formen von Kriminalität wie die „Internetkriminalität“ reagieren kann.

2300

2301 ■ flächendeckende Videoüberwachung in den Kommunen ebenso ablehnen wie den
2302 Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum. Eine Videoüberwachung ist
2303 nur noch dort vorzunehmen, wo sie konkret der Kriminalitätsbekämpfung dient.

2304

2305 ■ vornehmlich Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte statt Polizisten für reine
2306 Verwaltungsaufgaben heranziehen.

2307

2308 ■ die Verkehrssicherheit erhöhen, denn Niedersachsen ist Schlusslicht unter den
2309 „alten“ Bundesländern bei der Zahl der Verkehrstoten.

2310

2311

2312 **5. Rechtsextremismus - mit allen Mitteln dagegen**

2313

2314 Die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle hat erneut gezeigt, wohin politischer
2315 Rechtsextremismus führen kann. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) steht in der
2316 braunen Tradition rechtsextremistischer Terrorakte wie dem Oktoberfest-Attentat oder auch
2317 den Gewalttaten von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen. Hass,
2318 Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und übersteigter Nationalismus sind Grundlagen
2319 des rechtsextremen Terrors. Die polizeiliche Aufklärung der Terrorakte muss mit politisch
2320 entschlossenem Vorgehen gegen organisierten Rechtsextremismus einhergehen.

2321

2322 Fremdenfeindlichkeit, nationalistische Einstellung und autoritäre Ordnungsvorstellungen sind
2323 in der Gesellschaft als politische Orientierungen immer noch verbreitet. Immer noch werden
2324 Menschen wegen einer Behinderung, ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder
2325 Sprache, wegen ihres Glaubens oder Geschlechts diskriminiert und ausgegrenzt. Solche
2326 Verhaltensweisen spielen rechtsextremistischen Gruppen in die Hände. Abstiegsängste,
2327 Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit mit dem politischen, wirtschaftlichen und
2328 gesellschaftlichen System: die unter der schwarz-gelben Landesregierung voranschreitende
2329 soziale Spaltung beugt rechtsextremer Gesinnung nicht nachhaltig vor.

2330

2331 Eine gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Jugend- und Integrationspolitik ist die beste
2332 Politik für eine demokratische Gesellschaft. Für die SPD ist es jedenfalls ein Gebot der
2333 Menschlichkeit und politische Verpflichtung zugleich, rechtsextremistische Denkmuster und
2334 rechtsextremistische Organisationen mit allen rechtsstaatlichen Mittel zu bekämpfen. Die
2335 Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beginnt in der Grundschule – durch
2336 Demokratie-Erziehung und Aufklärung über die Menschenrechte. Erfolgreich aber ist sie
2337 letztlich nur dann, wenn Chancengleichheit, soziale Absicherung und sichere
2338 Zukunftsperspektiven in der Gesellschaft politisch glaubhaft verankert werden.

2339
2340
2341
2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368
2369
2370
2371
2372
2373
2374
2375
2376
2377
2378
2379
2380
2381
2382
2383
2384
2385
2386
2387
2388
2389
2390
2391
2392
2393
2394

Eine SPD-Landesregierung wird:

- die Sicherheitsbehörden so ausstatten und organisieren, dass sie erfolgreich gegen den Rechtsextremismus vorgehen können und sich Fehler wie bei der Verfolgung der Zwickauer Terrorzelle nicht wiederholen.
- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorantreiben und ein Verbot neonazistischer und rechtsextremistischer Organisationen prüfen.
- eine mittelbare Parteienfinanzierung der NPD über V-Leute beenden.
- zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus unterstützen und sich auf Bundesebene für die Abschaffung der „Extremismusklausel“ einsetzen.

6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft

Rechtspolitik ist Gesellschaftspolitik. Von ihr gehen die entscheidenden Impulse für eine moderne, aufgeklärte und sozial gerechte Zivilgesellschaft aus. Gleichzeitig ist die Justiz die rechtssprechende „dritte Gewalt“ im Staat. Als Grundpfeiler der rechtsstaatlichen Ordnung kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Dieser eherne Grundsatz gilt auch für eine moderne Justiz. Er begründet den Anspruch aller Bürger auf uneingeschränkten und gleichen Zugang zu Justiz und ein Gerichtswesen, das in angemessener Zeit zu gerechten Entscheidungen kommen muss: unabhängig vom sozialen Status und barrierefrei.

Für die SPD ist in der rechtsstaatlichen Justiz und ihren hoheitlichen Aufgaben kein Platz für Privatisierungsbestrebungen. Dies gilt auch für die Sicherheit in den Gerichtssälen, die Arbeit der Gerichtsvollzieher und den Strafvollzug. Ein moderner, humaner Strafvollzug schafft Bedingungen für Kriminalitätsprävention durch Resozialisierung.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeleiteten Privatisierungsschritte wie bei der JVA Bremervörde auf vertragliche Ausstiegsoptionen prüfen. Gleichzeitig soll für alle Justizvollzugsanstalten ein neues Erhaltungsmanagement prüfen, in welchen Vollzugsanstalten Sanierungsbedarf besteht.
- die Verankerung der Justiz in der Fläche sichern und gleichzeitig Synergieeffekte nutzen. So soll geprüft werden, ob unterschiedliche Gerichte zu Justizzentren zusammengelegt werden können.
- eine Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs auf weitere Delikte anstreben und den Opferschutz so stärken, dass der Zeugenschutz verbessert und die Aufklärung über finanzielle und soziale Hilfsmöglichkeiten intensiviert wird.
- die Sozialtherapie als Vorbereitung auf ein straffreies und selbstbestimmtes Leben nach der Haft ausbauen und ein Psychatriekonzept für den Justizvollzug entwickeln.
- den Einsatz der elektronischen Fußfessel prüfen, ob sie hilft, Rückfälle zu vermeiden und dabei die Persönlichkeitsrechte der Überwachten gewahrt sind.
- Haftvermeidungsprojekte wie „Schwitzen statt Sitzen“ unterstützen.

- 2395 ■ Gesetze für den Jugendvollzug und den Jugendarrestvollzug schaffen.
2396
2397 ■ das Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung so verändern, dass
2398 therapeutische Ansätze den Schwerpunkt bilden.
2399
2400 ■ den ambulanten Justizsozialdienst für Haftentlassene verbessern, ihn dem
2401 Justizministerium unterstellen und ein gemeinsames Übergangsmanagement von
2402 Justizsozialdienst und Bewährungshilfe entwickeln.
2403
2404 ■ die Einführung einer Mediationskostenhilfe einfordern, um auch sozial schwachen
2405 Bürgern die außergerichtliche Einigung bei zivilrechtlichen Auseinandersetzungen zu
2406 ermöglichen.
2407
2408

2409 Die Justiz in Niedersachsen ist leistungsfähig und leistungsbereit. Allerdings ist sie durch
2410 eine beispiellose Arbeitsverdichtung und Zunahme des Arbeitspensums in den Jahren von
2411 Schwarz-Gelb an ihre Grenzen gelangt. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die
2412 Rechtsprechung unter einer Überlastung der Gerichte leidet.
2413

2414 Eine SPD-Landesregierung wird

- 2415
2416 ■ dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Justiz mit modernen Methoden
2417 erfasst, bewertet und verbessert werden. Dabei werden auch Besoldungsfragen,
2418 Altersdurchschnitt der Beschäftigten und Verfahrensspezialisierungen berücksichtigt,
2419 so im Wirtschaftsstrafrecht, der Korruptionsbekämpfung und der Internetkriminalität.
2420
2421
2422

2423 7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen

2424
2425 Das Einwanderungsland Niedersachsen ist Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft.
2426 Eine Trennung in „wir“ und „ihr“ darf keine Rolle mehr spielen. Deshalb sind eine
2427 umfassende Teilhabemöglichkeiten und Partizipation für alle eine Selbstverständlichkeit,
2428 auch für zugewanderte Mitbürger.
2429

2430 Integration bedeutet Zugehörigkeit und kann nur im wechselseitigen Prozess gelingen: durch
2431 Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft und den Integrationswillen der Zuwanderer. Das ist
2432 nicht nur eine Voraussetzung für sozialen Frieden, sondern gerade in Zeiten des
2433 demografischen Wandels attraktiv für die niedersächsische Wirtschaft. Ihr hilft die
2434 Zuwanderung von qualifizierten Fachleuten, den bedrohlichen Fachkräftemangel abzubauen.
2435

2436 Eine SPD-Landesregierung wird

- 2437
2438 ■ Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe für alle
2439 Landesressorts verankern und den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und
2440 Partizipation Gesetzesrang geben.
2441

2442 Sprache und Bildung sind der Schlüssel für Integration. Herkunft darf nicht länger Bildung
2443 beeinträchtigen. Ein wichtiger Baustein für die Integrationspolitik ist die Ausrichtung des
2444 Bildungssystems auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung – von der Kita über die
2445 berufliche Bildung bis zu Abitur, Studium und Arbeitsmarkt (*siehe Abschnitt III.3*).
2446

2447 In Niedersachsen leben mehr als 200.000 Muslime. Ihnen will die SPD ein Signal für ein
2448 kooperatives Zusammenleben geben, damit deutlich wird: Muslime gehören zu
2449 Niedersachsen. Nach dem Vorbild des Hamburger Staatsvertrags mit den muslimischen
2450 Verbänden soll dieses Signal über Symbolpolitik hinausgehen.

2451
2452 Eine SPD-Landesregierung wird
2453
2454 ■ mit den muslimischen Verbänden einen Dialog führen, um grundlegende
2455 Regelungen über das Verhältnis des Landes Niedersachsen zu ihnen zu treffen.
2456 Dabei geht es um die Anerkennung von muslimischen und alevitischen Feiertagen.
2457 Und es geht unter Einbeziehung der christlichen Kirchen darum, den bewährten
2458 Religionsunterricht an Schulen für eine auch in religiöser Hinsicht zunehmend
2459 vielfältige Gesellschaft weiter zu entwickeln.
2460
2461 Interkulturelle Öffnung ist Teil von Verwaltungsmodernisierung, Kundenorientierung und
2462 Bürgernähe. Das erfordert von der Verwaltung ein neues Selbstverständnis.
2463
2464 Eine SPD-Landesregierung wird
2465
2466 ■ mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Landesdienst einstellen und
2467 Kriterien für interkulturelle Öffnung festlegen.
2468
2469 ■ bei Aus- und Weiterbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen kultursensible
2470 Pflege einführen.
2471
2472 Vor allem auf der kommunalen Ebene werden die politischen Mitwirkungsrechte für
2473 Migranten in Räten und Kreistagen zum Gradmesser für den Erfolg von Integration.
2474
2475 Eine SPD-Landesregierung wird
2476
2477 ■ sich für eine Änderung im Grundgesetz einsetzen, damit allen Ausländern in
2478 Niedersachsen das kommunale Wahlrecht zugebilligt wird. EU-Bürger sollen auch bei
2479 Landtagswahlen das Wahlrecht erhalten.
2480
2481 ■ im Dialog mit den Kommunen an pragmatischen, vor Ort anwendbaren Lösungen
2482 arbeiten und z.B. in den kreisfreien Städten und Landkreisen kommunale
2483 Integrationsausschüsse als Interessenvertretung von Menschen mit
2484 Migrationshintergrund ermöglichen.
2485
2486 Niedersachsen braucht eine neue Willkommenskultur. Sie soll die Integration der hier
2487 lebenden Migranten und ihrer Kinder vertiefen und neue Zuwanderer herzlich begrüßen.
2488
2489 Eine SPD-Landesregierung wird sich
2490
2491 ■ auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Optionszwang zur deutschen
2492 Staatsangehörigkeit für Kinder von hier lebenden ausländischen Eltern aufgehoben
2493 wird. Generell soll die doppelte Staatsbürgerschaft möglich werden. Langjährig
2494 Geduldete sollen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten und die sogenannten
2495 Kettenduldungen abgeschafft werden.
2496
2497 Wir wollen mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen und ihren Familien. Deshalb
2498 muss die Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Niedersachsen ein Ende
2499 haben. Ermessensspielräume sollen vollständig ausgenutzt werden, um Flüchtlingen zu
2500 helfen. Schließlich muss auch die Härtefallkommission beim Innenminister endlich in die
2501 Lage versetzt werden, ihre Aufgabe zur Sicherung einer humanen Flüchtlings- und
2502 Asylbewerberpolitik tatsächlich wahrzunehmen.
2503
2504 Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus
2505
2506 ■ die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen als Integrationszentrum einrichten.

2507
2508
2509
2510
2511
2512
2513
2514
2515
2516
2517
2518
2519
2520
2521
2522
2523
2524
2525
2526
2527
2528
2529
2530
2531
2532
2533
2534
2535
2536
2537
2538
2539
2540
2541
2542
2543
2544
2545
2546
2547
2548
2549
2550
2551
2552
2553
2554
2555
2556
2557
2558
2559
2560
2561

■ eine Abschiebung in Länder verhindern, in denen die Sicherheit und Integration der Menschen nicht gewährleistet ist.

■ den Aufenthalt von Flüchtlingen und Asylbewerbern erleichtern: durch schnelle Arbeitserlaubnis, dezentrale Unterbringung und die Wahlmöglichkeit für Kommunen, Leistungen an Asylbewerber in bar oder per Wertgutschein auszugeben.

8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft

Leistungssport, Breitensport, Behindertensport – fast 40 Prozent der Niedersachsen gehören einem der rund 9.500 Sportvereine an. In Niedersachsen legen verglichen mit den anderen Bundesländern die meisten Erwachsenen und Jugendlichen Sportabzeichen ab – an die 140.000 jährlich. Sport hält die Gesellschaft zusammen. Sport bedeutet Fairplay und Partnerschaft, Chancengleichheit und Mannschaftsgeist, soziales Handeln, Ehrenamt und auch Wettbewerb. Sport fördert die individuelle Entwicklung und trägt zur positiven Persönlichkeitsbildung bei. In den Vereinen erfahren die Menschen soziale Kultur, gesellschaftliches Engagement und nicht zuletzt Integration.

Die SPD bekennt sich zur politischen Verantwortung gegenüber dem Sport. Sie wird sich für bessere Rahmenbedingungen des Sports engagieren.

Eine SPD-Landesregierung wird

■ die Sportförderung anheben;

■ die Steuerfreibeträge für Übungsleiter und Sportfunktionäre sichern, um das Ehrenamt im Sport zu stärken;

■ Sportvereine im Rahmen der offenen Schule in die Gestaltung des Ganztagschulprogramms integrieren.

■ den Leistungssport fördern, weil es ohne Spitzensport keinen Breitensport geben kann - genau wie es ohne Breitensport keinen Spitzensport gibt.

9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit, dazu gehören z.B. THW, Feuerwehren und Rettungsdienste, sind wichtige gesellschaftliche Kräfte – mit großer Eigenständigkeit. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Demokratie. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement haben eine lange Tradition. Doch die Strukturen von Freiwilligenarbeit und das Selbstverständnis der Freiwilligen haben sich weiterentwickelt und das Image des bürgerschaftlichen Engagement hat sich stark verändert. Es gehört immer mehr zum Selbstverständnis der Gesellschaft. Bürger aller Altersgruppen nehmen aktiv teil an der Gestaltung des Zusammenlebens. So wird Engagement auch zur Triebkraft der gesellschaftlicher Entwicklung und der Modernisierung.

Mit dem demographischen Wandel kommt der Gruppe der Älteren dabei eine besondere Rolle zu. Sie sind im Vergleich zu früheren Generationen nicht nur jünger, besser ausgebildet und leistungsstärker, sondern sie sind auch immer öfter bereit, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Die Gesellschaft tut gut daran, diesen Menschen Tätigkeitsfelder

2562 zum Wohle der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Für den einzelnen erwächst hieraus
2563 das Wichtigste, was Menschen zum Leben brauchen: Sinngebung.

2564
2565 Der Anteil der Älteren wächst in Folge des demografischen Wandels kontinuierlich – auch
2566 mit zunehmendem Anteil „junger Alter“. In den vergangenen Jahren ist dagegen der Anteil
2567 junger Menschen zurückgegangen. Ursachen sind hierfür vor allem im verkürzten Abitur und
2568 in den zeitintensiven Bachelorstudiengängen zu suchen. Jungen Leuten sollte es aber auch
2569 zukünftig möglich sein, sich sozial zu engagieren. Hierfür wird die SPD Modelle entwickeln.

2570
2571 Der richtige Mix aus öffentlicher Verantwortung und privatem Engagement stärkt die
2572 Gesellschaft, verknüpft die Lebenswelten von Generationen und bedeutet häufig ganz
2573 praktisch Hilfestellung im Alltag. Für unsere Gesellschaft ist das Engagement der
2574 Bürgerinnen und Bürger soziales Kapital.

2575
2576 Eine SPD-Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement mit einem Konzept für
2577 Freiwilligenarbeit stärken. Einzelne Bausteine dieses Konzepts sind:

2578
2579 ■ eine Vorreiterrolle des Landes bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung von
2580 Beschäftigten, die sich in der Freiwilligenarbeit engagieren.

2581
2582 ■ Anerkennung der Leistungen bei Studien/Schule/Berufsabschlüssen.

2583
2584 ■ Steuerbegünstigte Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche analog zu den
2585 Übungsleiterpauschalen;

2586
2587 ■ Mobilitätshilfen für Ehrenamtliche im ländlichen Raum, beispielsweise durch
2588 bürgerschaftliche Fahrdienste.

2589
2590 Das Engagement der Sportverbände und die Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände wollen
2591 wir mit einer gesetzlichen Absicherung der Zuschüsse aus der Konzessionsabgabe
2592 Glücksspiel unterstützen.

VII. NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN

Ein „weiter so“ gibt es nicht: Die Energiepolitik braucht einen neuen, in die Zukunft weisenden Anfang – nicht nur, aber vor allem in Niedersachsen. Global stehen Klimawandel, Endlichkeit fossiler Energieträger und Rohstoffknappheit dem zunehmenden Energiebedarf einer wachsenden Weltbevölkerung gegenüber. Gerade in Niedersachsen aber belegen die – bislang weltweit – ungelöste Endlagerfrage und das Scheitern der Asse den unverantwortlichen Umgang mit der Atomenergie.

Die Energiewende wurde unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder eingeleitet. Es wurden im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und – 2001 das erste Mal – der Atomausstieg beschlossen. Nach der Rolle rückwärts der schwarz-gelben Bundesregierung Merkel mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke 2009 bedeutete Fukushima schließlich 2011 das Aus für die Atomkraft: Nun auch mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP beschloss der Deutsche Bundestag erneut den Ausstieg.

Doch bis heute setzt sich die zögerliche, unkoordinierte und widersprüchliche Energiepolitik der Berliner Koalition durch die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover fort. Trotz guter Ausgangsbedingungen hat sie es bewirkt, dass Niedersachsen bei der Umsetzung der Energiewende unter den Bundesländern abgeschlagen auf dem zwölften Platz liegt. Bis heute fehlt auch im schwarz-gelben Landeskabinett ein Konsens über den Energiemix der Zukunft – und damit die Voraussetzung, über die künftige Netzinfrastruktur in Niedersachsen zu entscheiden. Forschung und Entwicklung liegen in der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums, Ausbau der Windenergie-Anlagen beim Wirtschaftsministerium, Planung für die Netzstruktur beim Landwirtschaftsministerium, Gebäudesanierung beim Sozialministerium, und natürlich ist auch das Umweltministerium beteiligt. Eine Energiepolitik aus einem Guss sieht anders aus.

Die SPD wird im Rahmen einer neuen Energiepolitik Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit beim Atomausstieg und dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger zusammenführen. Sie sieht bei diesem Jahrhundertprojekt die Chance, Niedersachsen zum Spitzenreiter der Energiewende zu machen: Die SPD wird in einem Masterplan verbindliche Zielsetzungen und gebündelte Zuständigkeiten vereinen, im Dialog mit den Betroffenen für fairen Interessenausgleich und eine sozial gerechte Versorgungssicherheit sorgen.

1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für die SPD betrifft eine zukunftsgerechte Energie- und Umweltpolitik nicht nur ökologische Aspekte. Eingeschlossen sind auch Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Denn mit der weltweiten Nachfrage nach energetisch nachhaltigen Wirtschaftsgütern wachsen die Chancen, Energie sozial verträglich bereitzustellen. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Atomausstieg und Umstieg auf erneuerbare Energien stehen für die SPD damit unter dem Motto: „sauber, sicher, bezahlbar“.

Die SPD wird das wirtschaftliche Ziel eines qualitativen und damit nachhaltigen Wachstums zum politischen Maßstab machen. Es gibt keine Zukunft für ein energieintensives Wirtschaftssystem, das vorwiegend auf quantitatives Wachstum sowie ungebremsten Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch ausgerichtet ist. Wachstum und Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Einsparung und Effizienzsteigerung sind geboten, neue Energiequellen müssen nachhaltig und ohne schädliche Folgen nutzbar gemacht werden. Zur Grundlage der SPD-Energiepolitik wird somit ein dreifaches „E“: Effizienz, Einsparung und Erneuerbare.

2649 Bei der Energiewende, die viele Bereiche des gewohnten Lebens verändern wird, darf es
2650 keine Verlierer geben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau moderner
2651 Produktionsstätten und belastbarer Infrastrukturen werden der niedersächsischen Wirtschaft
2652 zahlreiche Impulse bringen. Aber genauso wichtig wird es sein, soziale Härten für Menschen
2653 mit geringeren Einkommen abzufedern. Das Handeln der SPD wird damit geleitet von dem
2654 Dreiklang sozialer Balance, ökonomischer Vernunft und ökologischer Weitsicht.

2655
2656
2657

2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt

2658

2659
2660 Niedersachsen könnte bei der Energiewende bundesweiter Spitzenreiter sein. Seine
2661 geografische Lage und seine Forschungs- und Technologiezentren können über die
2662 Landesgrenzen hinaus zu tragenden Pfeilern einer zukunftsweisenden energiepolitischen
2663 Entwicklung werden. Viele Menschen in Niedersachsen haben sich in Genossenschaften
2664 oder Vereinen zusammengeschlossen und in die Erneuerbaren investiert. Kommunale
2665 Stadtwerke nutzen ihre Chancen und planen für eine dezentrale Zukunft der
2666 Energieversorgung. Neue Arbeitsplätze sind entstanden. Auf diesen Fundamenten wird die
2667 SPD die Energiewende erfolgreich gestalten.

2668

2669 Die Energiewende in ihrer ganzen Komplexität ist ein Jahrhundertprojekt: Die Sanierung von
2670 Gebäuden und die Konzeption zukunftsgerechter Wohngebiete gehören ebenso dazu wie
2671 die Entscheidung über Energieträger und Speichertechnologien oder der Aufbau einer
2672 belastbaren Netzinfrastruktur. Viel stärker als bisher müssen dafür Planungen koordiniert
2673 und Entscheidungen gebündelt werden.

2674

2675 Eine SPD-Landesregierung wird

2676

- 2677 ■ eine gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden
2678 erarbeitete Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen vorlegen, die
2679 verbindliche Ziele und konkreten Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins
2680 Jahr 2050 enthält. Breit angelegte Energiegipfel und ein jährlicher Bericht zum Stand
2681 der Umsetzung der Energiewende sind zentrale Bestandteile dieser Strategie.

2682

2683 Die Gesamtstrategie zur Energiewende erfordert einen Quantensprung im Bereich
2684 wirtschaftlicher Beteiligungsprozesse. Wie das Beispiel Stuttgart 21 veranschaulicht, reichen
2685 die gegenwärtigen Strukturen von Information, Diskussion und Transparenz nicht aus, um
2686 Konfliktfelder frühzeitig auszuräumen. Auch noch so nachhaltige Projekte der Energiewende
2687 wie neue Windräder und Solaranlagen, Leitungsnetze oder Speicheranlagen werden
2688 zwangsläufig zu Interessengegensätzen und Konflikten führen.

2689

2690 Die SPD wird für diese Investitionsprojekte eine neue Beteiligungskultur schaffen. Sie setzt
2691 sich mit der SPD-Bundestagsfraktion für ein neues Infrastrukturplanungsrecht ein, das den
2692 Dialog mit den Betroffenen vor Ort in den Mittelpunkt stellt und Lösungen im fairen
2693 Interessenausgleich sucht.

2694

2695 Eine SPD-Landesregierung wird

2696

- 2697 ■ ein „Bündnis für Energie“ mit Sozialpartnern (Gewerkschaften, Arbeitgeber),
2698 Energie-, Landwirtschafts- und Umweltverbänden, Kommunen und
2699 Energieversorgern schaffen, um einen möglichst breiten Konsens für die
erforderlichen Projekte der Energiewende zu erzielen.

2700

- 2701 ■ eine Landesenergieagentur als Ansprechpartner für Bürger, Kommunen und
2702 Unternehmen einrichten, die für Information und Beratung sorgt und Netzwerke mit
2703 Verbänden, Vereinen etc. organisiert.

2704

2705 Nicht zuletzt wird das Thema Versorgungssicherheit eine gewichtige Rolle bei der
2706 strategischen Planung einnehmen: Sie ist ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge.
2707 Energie muss deshalb allgemein zugänglich und bezahlbar sein. In Deutschland werden
2708 schon heute zahlreiche Haushalte vom Strom abgekappt, weil sie ihre Energierechnung nicht
2709 bezahlen konnten. Die SPD wird nicht akzeptieren, dass die Energiewende neue soziale
2710 Notlagen verursacht. Gleichzeitig appelliert sie an alle Bevölkerungsgruppen, Energie-
2711 Einsparpotenziale jeder Art zu nutzen und verantwortungsvoll mit Energie umzugehen.

2712
2713 Eine SPD-Landesregierung unterstützt deshalb:

2714
2715 ■ Kooperationen von Stadtwerken, Sozialbehörden und Wohnungsgesellschaften
2716 zur Verhinderung der Energiearmut und zur Energieschuldenprävention.

2717
2718 ■ Modellprojekte von Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen, die im
2719 Bereich ihrer Tarifgestaltung soziale Komponenten mit Einsparanreizen verbinden.

2720
2721
2722

2723 **3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik**

2724

2725 Allerdings ist bei alledem die beste Energie die, die nicht gebraucht wird. Einsparungen sind
2726 durch bewussten Einsatz von Energie zu erzielen, so durch Wärmedämmung oder
2727 energieeffiziente Geräte, Maschinen und Motoren. Kosten für den privaten und gewerblichen
2728 Nutzer können so deutlich gesenkt werden. Häufig amortisieren sich mögliche höhere
2729 Anschaffungskosten für effizientere Geräte bereits nach kurzer Zeit.

2730

2731 Energieeffizienz lässt sich mit Brennwerttechnik oder Kraft-Wärme-Kopplung wie auch beim
2732 Verbrauch durch Wärme-/Kälteedämmung oder Energierückgewinnung steigern. Ziel ist es,
2733 die Energieverbrauchswerte von Neubauten und, bei grundlegender Sanierung, von
2734 Altbauten um bis zu 90 Prozent zu senken. Bei der energetischen Gebäudesanierung muss
2735 die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen.

2736

2737 Das Gebäudesanierungsprogramm der SPD beweist bereits auf kommunaler Ebene eine
2738 Win-Win-Situation: Es gibt der regionalen Wirtschaft wichtige Innovations-Impulse und
2739 reduziert den Energieverbrauch so deutlich, dass unübersehbare Einspareffekte Bewohnern
2740 und Nutzern zugute kommen

2741

2742 Eine SPD-Landesregierung wird zur Steigerung von Energie-Einsparung und -Effizienz:

2743

2744 ■ einen Stufenplan zur Sanierung landeseigener Gebäude durchsetzen –
2745 vorwiegend dort, wo ausgebildet wird oder Sanierungsstaus belastende
2746 Arbeitsbedingungen verursachen.

2747

2748 ■ Energiemanagementsysteme für öffentliche Einrichtungen einführen und
2749 Dienstleistungen für effizientere Energienutzung fördern.

2750

2751 ■ eine Energy-IT-Initiative starten, um den Stand der IT-Technik – intelligente
2752 Stromsparkonzepte, optimierte Kühlungssysteme – und neue IT-Technologien wie
2753 Deduplizierung (Reduzierung von Datenströmen) breitenwirksam einzusetzen.

2754

2755 ■ einen „Niedersächsischen Energieeffizienzpreis“ für kleine und mittlere
2756 Unternehmen ausloben, um das Handwerk zur Installation und Wartung neuer
2757 Technologien in Privathaushalten zu motivieren.

2758

2759 Niedersachsens Wirtschaft und die Beschäftigten profitieren an verschiedenen Standorten
2760 von energieintensiven Industrien wie der Stahlerzeugung und der chemischen Industrie.

2761 Diese Industrien sind auch für die Entwicklung der Energiewirtschaft im erneuerbaren
2762 Bereich wichtig. Deshalb müssen ihre Wettbewerbs- und Entwicklungsbedingungen auch
2763 nach der Energiewende im innereuropäischen Wettbewerb Bestand haben. Entscheidend für
2764 eine nachhaltige Weiterentwicklung der Hochtechnologiebranche werden letztlich effizienter
2765 Ressourcenverzehr, sparsamer Umgang mit Energie und intelligente Innovationen sein.

2766
2767 Im Rahmen einer gerechten Verteilung der Lasten der Energiewende werden alle
2768 Energieverbraucher zu größeren Anstrengungen bereit sein müssen. Stärker als bisher
2769 müssen daher auch sämtliche energieintensiven Unternehmen zu ambitionierten Effizienz-
2770 und Einsparzielen sowie Energiemanagementsystemen angehalten werden, die neben einer
2771 Senkung des Energiebedarfs auch den Einsatz innovativer Produktions- und
2772 Verfahrenstechnologien anreizen. Wirtschaft und Politik sind hier gleichermaßen gefordert.

2773
2774 Eine SPD-Landesregierung wird:

- 2775 ■ eine Steuerungsgruppe einrichten, die die Intensivierung von Effizienzsteigerung,
2776 die Minderung des Energieverbrauchs sowie die Erforschung alternativer Materialien
2777 und Prozesse koordiniert.

2778
2779 Im Bereich der Mobilitätswirtschaft sind Effizienzpotenziale zu heben. Gerade für
2780 Niedersachsen als Produktions- und Entwicklungsstandort für die Mobilitätswirtschaft der
2781 Zukunft ergeben sich Perspektiven. Die Chancen durch steigende Energieeffizienz und
2782 sinkenden Energieverbrauch liegen auf der Hand. Gute, preiswerte Mobilität gehört zur
2783 ökonomischen Basis des Landes, sie sichert Teilhabe und Lebensqualität.

2784
2785 Die Bundesförderung der Mobilitätsregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg als
2786 Nationales Schaufenster für Elektro-Mobilität zeigt, dass Niedersachsen Kernkompetenzen
2787 bei der Entwicklung neuer Fortbewegungskonzepte und ihrer Infrastruktur besitzt.
2788 Beispielsweise sind schon heute effiziente Erdgasfahrzeuge im Einsatz: Pkw, Lkw und
2789 Schiffe. Es kommt aber nicht nur auf neue technische Errungenschaften an – die Mobilität
2790 der Zukunft muss vor allem integriert gedacht werden. Gefragt sind intelligente
2791 Mobilitätskonzepte, die unterschiedliche Verkehrstechnologien und Verkehrsträger wie
2792 Flugzeug, Auto, Bus, Bahn und Fahrrad zusammenführen. Gerade die Verbindung der
2793 Mobilitätsangebote mit Informations- und Kommunikationstechnologien als Teil integrierter
2794 und individueller Mobilität zeugt von Zukunftsfähigkeit.

2795
2796 Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-Landesregierung:

- 2797 ■ Technologiekompetenzen niedersächsischer Unternehmen und
2798 Forschungskapazitäten des Landes vernetzen und Produkte sowie Lösungen fördern.
- 2799 ■ Mobilitätsaudits und -pläne in den Städten und im ländlichen Raum unterstützen.
- 2800 ■ Zukunftskonzepte für Ballungszentren und für die Fläche wie Car-Sharing oder
2801 Sammeltaxis weiter entwickeln.

2802
2803
2804
2805
2806
2807
2808
2809 **4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren**

2810
2811 Atomstrom war nie günstig. Haftung, Unfallvorsorge, Forschung und Entsorgung des
2812 radioaktiven Abfalls werden staatlich subventioniert und haben den AKW-Betreibern
2813 Gewinne gebracht. Deshalb darf es bis zum völligen Ausstieg keine Abstriche bei den
2814 Sicherheitsanforderungen in den Atomkraftwerken geben. In Niedersachsen werden die
2815 Atomkraftwerke in Grohnde 2017 und Lingen bis 2022 abgeschaltet, das AKW Unterweser
2816 geht nicht mehr ans Netz.

2817
2818
2819
2820
2821
2822
2823
2824
2825
2826
2827
2828
2829
2830
2831
2832
2833
2834
2835
2836
2837
2838
2839
2840
2841
2842
2843
2844
2845
2846
2847
2848
2849
2850
2851
2852
2853
2854
2855
2856
2857
2858
2859
2860
2861
2862
2863
2864
2865
2866
2867
2868
2869
2870
2871
2872

Eine SPD-Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen,

- dass es eine ergebnisoffene und bundesweite Suche nach geeigneten atomaren Endlagerstandorten gibt. Dabei müssen die geologischen Gründe berücksichtigt werden, die bereits heute eindeutig für eine Schließung des Standortes Gorleben sprechen. Die SPD fordert daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben.

- dass die Asse unter der Nutzung des Bundesamtes für Strahlenschutz schnellstmöglich gesichert und von Atomabfällen befreit wird: In der aktuell hochkritischen Lage ist die Verzögerungstaktik der zuständigen Ministerien inakzeptabel. Änderungen des Atomrechts zur Sicherstellung einer zeitnahen Rückholung der Abfälle sind unverzichtbar.

- dass unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Asse eine Neubewertung der Einlagerungssituation von Schacht Konrad im Rahmen des Endlagersuchverfahrens stattfindet, mindestens mit dem Ziel der sicheren Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe.

Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf Gas setzen: in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- Möglichkeiten prüfen, mit Flüssiggas-Anlandung (LNG) die Gasversorgung auf eine breitere Basis zu stellen und die Energiepreise marktgerecht niedrig zu halten.

- die Fracking-Förderung in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen. Wenn Fracking in Niedersachsen zugelassen werden soll, muss zunächst ein klarer gesetzlicher Rahmen mit obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozessen verabschiedet werden.

- CCS, die CO₂-Abscheidung und Speicherung, in Niedersachsen nicht zulassen;

- die Option prüfen, ob CCR für industrielle Prozesse CO₂ klimaverträglich ist.

5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft

Die Entwicklung innovativer Technologien stärkt bei richtiger politischer Weichenstellung den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die Erzeugung regenerativer Energien enthält ein großes Wertschöpfungspotenzial und zugleich die Chance auf neue Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten in Deutschland rund 380.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren. Gegenüber 2004 sind in dieser Branche über 80 Prozent mehr Arbeitsplätze entstanden, ein großer Teil davon in Niedersachsen. Durch intelligente Förderung ist für Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt weiteres Wachstum vorhersehbar. Das wiederum bedingt den Ausbau des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Niedersachsen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- 2873 ■ in Niedersachsen dem Bereich Energieforschung- und Speichertechnologie
2874 höchste Priorität bei der Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte einzuräumen und
2875 das Energieforschungszentrum hierfür stärken.
2876
2877 ■ die niedersächsischen Universitäten bei der Einrichtung neuer Studienplätze in
2878 zeitgemäßen Studiengängen für die Bereiche der Energiewende unterstützen.
2879
2880 ■ Wirtschaft und Hochschulen unterstützen, gemeinsam weitere Bausteine für den
2881 Ausbau erneuerbarer Energien zu entwickeln.
2882
2883 ■ gemeinsam mit mittelständischen Unternehmen und den Berufsbildenden
2884 Schulen Schwerpunkte setzen, um mit erneuerbaren Energien, der Steuerung von
2885 Energietransfers und der Energieeinsparung zum Energieumbau beizutragen.
2886
2887

2888 Beim Umstieg auf die Erneuerbaren verfügt Niedersachsen über verschiedene Optionen:
2889

2890 ❖ **Windkraft Offshore**

2891 Ein wichtiger Wachstumsmarkt liegt in der Offshore-Windenergie, die eine herausragende
2892 Wertschöpfung für ganz Niedersachsen bedeutet. Offshore-Windenergie soll einer der
2893 Eckpfeiler für eine künftige erneuerbare Grundlastversorgung werden. Die SPD wird für
2894 stabile Rahmenbedingungen sorgen, die Planungssicherheit bieten.
2895

2896 ❖ **Windkraft Onshore**

2897 Der Ausbau von Kapazitäten darf nur mit möglichst geringen Belastungen der Bevölkerung
2898 und unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange erfolgen. Die SPD favorisiert deshalb
2899 vor allem das „Repowering“, die Aufrüstung bestehender Windkraftanlagen zu höherer
2900 Energiegewinnung. Gleichzeitig soll mit einer überarbeiteten Raumplanung ein höherer
2901 Anteil von Windkraft bis 2020 ermöglicht werden.
2902

2903 ❖ **Geothermie**

2904 Zum Ausbau der Geothermie verfügt Niedersachsen über große oberflächennahe Potenziale
2905 und aussichtsreiche Forschungsergebnisse in der Tiefengeothermie. Der Forschungs- und
2906 Technologiestandort Celle, die TU Clausthal in Clausthal-Zellerfeld, das Energie-
2907 Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar und die hannoversche Bundesanstalt
2908 für Geowissenschaften stehen für die weitere Entwicklung dieser Energie.
2909

2910 ❖ **Biomasse**

2911 Energie aus Biomasse wie Biogas und Holz sind ein wichtiger Baustein für die dezentrale
2912 Stromerzeugung. Ziel der SPD ist es, dass Fehlanreize und Fehlsteuerungen im Bereich
2913 Biomasse, die in Niedersachsen bereits erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben
2914 (Maismonokulturen, Nitratbelastungen, Verlust von Biodiversität und Lebensräumen) durch
2915 Korrekturen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz beseitigt werden. Gefördert werden sollen
2916 künftig nur hocheffiziente Anlagen, die nach den Kriterien der guten fachlichen Praxis in der
2917 Landwirtschaft arbeiten.
2918

2919 ❖ **Solarenergie**

2920 Solarenergie muss einen größeren Anteil an der Strom- und Wärmegewinnung übernehmen.
2921 Die Branche verzeichnet enorme Entwicklungssprünge. Dabei will die SPD die heimische
2922 Solarindustrie unterstützen, Netzparität herstellen. Eine Kooperationen mit anderen EU-
2923 Regionen soll geprüft werden: So könnten mit niedersächsischer Beteiligung in
2924 sonnenreichen Ländern Solarparks entstehen, die Wissensaustausch und effiziente Nutzung
2925 der Fotovoltaik ermöglichen.
2926
2927
2928

2929 ❖ **Wasserkraft**

2930 Energiegewinnung aus Wasserkraft muss Effizienz und Ökologie berücksichtigen. Potenziale
2931 von Wasserwirbelkraftwerken, aber auch Anlagen wie das „bewegliche Wasserkraftwerk“
2932 aus Baden-Württemberg sind zu prüfen. Schließlich bietet die Nordseeküste aussichtsreiche
2933 Voraussetzungen für den Einsatz von Gezeitenkraftwerken.

2934
2935 Außerdem wird die SPD wird die Erforschung alternativer Verfahren wie die Wasser- und
2936 Brennstoffzellentechnologie oder die Energiegewinnung aus Methan vorantreiben. Es geht
2937 bei einer nachhaltigen Energieversorgung mit Erneuerbaren um einen Mix von zentralen,
2938 dezentralen und verbrauchernahen Erzeugungsstrukturen.

2939
2940 Eine SPD-Landesregierung unterstützt

- 2941
- 2942 ■ Genossenschaftsmodelle, die umfassende Beteiligungsmöglichkeiten an der
2943 Energiegewinnung bieten.
 - 2944
 - 2945 ■ die Gründung eigenständiger Stadt- und Gemeindewerke, wenn sie wirtschaftlich
2946 sind und die Versorgung verbessern. Solche Projekte garantieren eine ortsnahe
2947 Versorgung, bieten große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und Chancen für mehr
2948 Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt.
- 2949

2950
2951

2952 **6. Netzinfrastruktur – sensible Daseinsvorsorge**

2953
2954 Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Verteilung
2955 und Übertragung. Das Konzept dafür hängt vor allem vom Energiemix der Zukunft ab.

2956 Niedersachsen wird wegen der steigenden Zahl von On- und Off-Shore-Windkraftanlagen
2957 voraussichtlich eines der am stärksten vom Netzausbau betroffenen Bundesländer sein.
2958 Dieser Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam
2959 erfolgen. Es muss die Regel werden, dass Hochspannungsleitungen – wie bereits im
2960 Niederspannungsbereich – landschafts- und umweltschonend sowie menschenverträglich
2961 als Erdkabel verlegt werden. Dabei liegt die Priorität auf energiesparenden und
2962 gesundheitlich unbedenklicheren Techniken wie der Höchstspannungs-
2963 Gleichstromübertragung (HGÜ).

2964
2965 Der Netzausbau dient zu einem großen Teil der Versorgung anderer Bundesländer. Die SPD
2966 geht davon aus, dass auch dort die erneuerbaren Energien als Beitrag zu einer dezentralen
2967 Energieproduktion ausgebaut werden. Sie erwartet, dass sich insbesondere Bundesländer
2968 mit Verbrauchsschwerpunkten an den Folgekosten für einen umweltverträglichen
2969 Stromtransport beteiligen.

2970
2971 Eine SPD-Landesregierung wird:

- 2972
- 2973 ■ einen Runden Tisch mit Vertretern der Energiewirtschaft (insbesondere
2974 Netzbetreibern), den Regionen und Vertretern der Bevölkerung einrichten. Bedarf und
2975 Alternativen müssen transparent werden. Bevor Stromleitungen ausgebaut werden,
2976 ist durch Lastflussanalysen die Notwendigkeit von Aus- und Neubau nachzuweisen.
2977 Der Umbau von bestehenden Stromleitungen hat Vorrang vor dem Neubau von
2978 Stromnetzen.

- 2979
- 2980 ■ intelligente Stromnetze (Smart grids) fördern.

- 2981
- 2982 ■ ökologisch sinnvolle Erdverkabelung (z. B. HGÜ) Priorität einräumen und ein
2983 größeres Gleichstromnetz für den verlustarmen Stromtransport über größere
2984 Entfernungen befürworten.

2985 Die Netzinfrastruktur besitzt eine herausragende Bedeutung für die energetische
2986 Daseinsvorsorge.

2987

2988 ■ Deshalb fordert die SPD für den Ausbau der Übertragungsnetze die Bildung einer
2989 Bundesnetzgesellschaft. Sie soll Anreize für private Investoren bieten, jedoch durch
2990 staatliche Beteiligung die Steuerungshoheit der öffentlichen Hand gewährleisten. Zur
2991 Umsetzung der Anreizregulierung wird die SPD die Beileihung der Bundesnetzagentur
2992 beenden und eine eigene, kostendeckend arbeitende Landesregulierungsbehörde
2993 einsetzen.

2994

2995 Die Speichertechnologie ist von entscheidender Bedeutung für die Energiewende. Sie
2996 sichert die Übernahme von Grundlasten der Energieversorgung beim Einsatz der
2997 Erneuerbaren: Sie stellt durch Pumpspeicher, stationäre und mobile Akkus oder
2998 Druckluftspeicher Kapazitäten für den kurzzeitigen Ausgleich bei Energieschwankungen her.
2999 Langfristig ist beispielsweise ein Ausgleich durch Wasserstoff oder erneuerbares Methangas
3000 (sogenanntes SolarFuel) im Erdgasnetz herzustellen. Sie ergänzt damit als elementarer
3001 Baustein die Energie-Effizienz bei der Stromproduktion und -einsparung und den Ausbau
3002 verlustarmer Stromtransportkapazitäten.

3003

3004 Eine SPD-Landesregierung wird daher:

3005

3006 ■ Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen bieten, die sich in Forschung,
3007 Entwicklung und Anwendung für die Speichertechnologie engagieren und den
3008 Austausch von Wissenschaft und Anwendung fördern.

3009

3010 ■ Modellprojekte wie Pumpspeicherwerke im Harz unterstützen.

3011

3012 ■ die Erforschung von Möglichkeiten der Wasserstoffherzeugung und-nutzung und
3013 die Speicherung in Kavernen und im Gasnetz vorantreiben.

3014

3015 ■ ein „Untergrundkataster“ aufbauen, um Nutzungskonkurrenzen zu vermeiden.

3016 VIII. NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN

3017

3018 Niedersachsens Natur und Umwelt sind einzigartig. Nirgendwo sonst in Europa treffen
3019 Landschaften so unterschiedlicher erdgeschichtlicher und klimatischer Zeiträume so nah
3020 aufeinander wie hier. Die Küste mit Inseln, Watten, Marschen und Flussmündungen,
3021 Geestlandschaften, Weser-Aller-Flachland, Lüneburger Heide und Wendland, Weser- und
3022 Leinebergland und schließlich der Harz machen Niedersachsen zum naturräumlich und
3023 landschaftlich vielfältigsten Bundesland.

3024

3025 Die natürlichen Ressourcen bilden die Grundlage für gesundes Leben, wirtschaftliche
3026 Entwicklung und moderne Infrastruktur. Die gemäßigte Klimazone gewährleistet stabile
3027 Wetterbedingungen, so dass Niedersachsen bisher von Großkatastrophen wie
3028 Trockenzeiten, Überflutungen oder Hurrikans verschont geblieben ist. Hochwasser- und
3029 Orkanschäden sind bisher nur regional in Erscheinung getreten, ohne Lebensqualität und
3030 Wirtschaftskraft zu bedrohen. Die Betonung liegt auf „bisher“.

3031

3032

3033

3034 **1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur**

3035

3036 Wo der Mensch lebt, beeinträchtigt er Natur und Umwelt. Das moderne Wirtschaftsleben
3037 beschert Industrieländern wie Niedersachsen Wohlstand, verursacht aber auch schädliche
3038 Emissionen. So schädigen sogenannte Treibhausgase das Klima, nicht nur in
3039 Niedersachsen. 80 Prozent dieser Treibhausgase, vornehmlich Kohlendioxid, entstehen bei
3040 der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Der Klimawandel
3041 vollzieht sich global und dynamisch.

3042

3043 Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete auf der UN-Konferenz für Umwelt in Rio de
3044 Janeiro 1992 die Klimarahmenkonvention. Seitdem ist der Klimaschutz in der deutschen
3045 Politik verankert. Im Jahr 2000 verabschiedete die Regierung Schröder das Nationale
3046 Klimaschutzprogramm und setzte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Mit der
3047 Zielsetzung, die fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energien zu ersetzen, ist es das
3048 derzeit wirksamste Instrument für den Klimaschutz. Als Instrument einer modernen
3049 Industriepolitik dient es weltweit als Vorbild.

3050

3051 Die EU hat sich im Dezember 2008 auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und
3052 Klimaschutz mit Zielen für 2020 geeinigt. Damit hat sich Europa auf den Weg zu einer
3053 umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft gemacht.

3054

3055 Unabhängig davon werden sich mit dem Klimawandel auch in Niedersachsen die bisher
3056 stabilen Lebensbedingungen verändern. Langzeitdaten zu Klima und Wetter sowie
3057 wissenschaftliche Forschung führen zu folgenden Prognosen und Szenarien:

3058

3059 ■ Die globale Erwärmung lässt den Meeresspiegel ansteigen: Tief liegende
3060 Küstengebiete werden dabei zunehmend überschwemmt, Landverluste, Versalzung
3061 von Böden, Gewässern und Grundwässern sind die Folgen. Betroffen sind Inseln,
3062 Flussmündungen und die Marschen mit Auswirkungen bis in die Geestbereiche.

3063

3064 ■ Die Erwärmung des globalen Wasserhaushalts führt zu veränderten
3065 Niederschlagsmustern. Die Folgen sind örtlich Trockenheit durch
3066 Wasserverknappung oder es kommt zu Hochwasser und Überflutung nach extremen
3067 Niederschlägen.

3068

3069 ■ Schnelleren Erwärmung der Luftschichten führt zu höherer Dynamik des
3070 Temperatenausgleichs zwischen Wasser und Festland. Die Folge sind spürbar
3071 häufiger starke Stürme. Beispiel dafür ist der Orkan Kyrill, der im Jahr 2007 auch

3072 Teile Niedersachsens verwüstet hat. Er forderte europaweit 47 Todesopfer und
3073 verursachte einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 47 Milliarden US-Dollar.
3074

3075 Der Klimawandel ist in Niedersachsen spürbar und nachzuweisen. Mildere Winter, weniger
3076 Niederschläge im Frühjahr und Herbst sowie trockenere Sommer führen zu einer
3077 Veränderung von Flora und Fauna. Dies beeinträchtigt auch die Wachstumsbedingungen der
3078 Nutzpflanzen. Der Blühzeitpunkt verschiebt sich, der Reifeprozess wird durch Trockenheit
3079 erschwert und extreme Wetterereignisse können den Ausfall ganzer Ernten verursachen.
3080 Hinzu kommt eine Veränderung des Wasserregimes. Betroffen sind nahezu alle Bereiche
3081 des alltäglichen und des wirtschaftlichen Lebens.
3082
3083
3084

3085 **2. Schwarz-gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich**

3086 Die schwarz-gelbe Politik hat 2004 den vorläufigen Schlussstrich unter eine bundesweit
3087 vorbildliche Umweltpolitik gezogen. Niedersachsen zeichnete sich bis dahin durch eine
3088 vorausschauende und integrative Umweltpolitik und Umweltverwaltung aus. 2003 waren vom
3089 Landesumweltamt systematische Umweltindikationen herausgearbeitet worden, die
3090 Veränderungen des Klimas erkennbar machten. Seit der Zerschlagung dieses Amtes durch
3091 Schwarz-Gelb stagniert jede fortschrittliche, konzeptionelle und strategische Ausrichtung des
3092 Klima-, Umwelt- und Naturschutzes in Niedersachsen.
3093

3094 Die CDU/FDP-Landesregierung ist für fast ein Jahrzehnt verhängnisvollen ökopolitischen
3095 Stillstands verantwortlich. Sie hat die Chance verpasst, vorsorglich und strategisch auf
3096 Veränderungen zu reagieren. Niedersachsen hat als einziges Bundesland noch immer kein
3097 Klimaschutzprogramm mit Zielsetzungen und konkreten Maßnahmen. Die
3098 Klimaschutzkonzepte der Kommunen wiegen diesen Stillstand keineswegs auf.
3099

3100 Heute ist die Umweltpolitik Niedersachsens durch den Verlust der zentralen staatlichen
3101 Umweltkompetenz im Ländervergleich Schlusslicht. Dies geht zulasten der
3102 Ressourcenqualität, der Gesundheit der Menschen und gefährdet die Standortsicherheit für
3103 Wirtschaft und Industrie. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge etwa im Abfall- oder
3104 Wasserversorgungsbereich und die Bevorzugung landwirtschaftlicher Nutzerinteressen vor
3105 naturschutzfachlichen Schutzanforderungen dokumentieren überdies eine gezielte
3106 Klientelpolitik, die das Allgemeinwohl sträflich vernachlässigt und die Menschen belastet.
3107
3108
3109
3110

3111 **3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft**

3112 Nach dem Grundgesetz schützt der Staat „auch in Verantwortung für die künftigen
3113 Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“. Die SPD steht für dieses Staatsziel mit
3114 einer Politik der Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ein.
3115
3116

3117 Für den energieintensiven Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen stellt das
3118 Umsteuern auf eine ökologische Industriepolitik bereits eine verlässliche Vorsorge dar. Die
3119 Stellschrauben für das Wirtschaftshandeln liegen im Ausbau der erneuerbaren Energien, der
3120 Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz sowie der Nutzung der natürlichen
3121 Ökosystemleistungen wie der CO₂-Speicherung in Mooren oder der Sauerstoffproduktion in
3122 Wäldern.
3123

3124 Nach dem Grundgesetz „*verpflichtet Eigentum und soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen.*“
3125 Dieses Staatsziel formuliert aus Sicht der SPD einen wichtigen Grundsatz: Die Interessen
3126 von Eigentümern und Wirtschaft müssen mit den Schutzbelangen der Umwelt in Einklang
3127 gebracht werden. Dafür ist eine leistungsfähige und interdisziplinär versierte

3128 Umweltverwaltung notwendig. Sie richtet das Politikfeld Umwelt strategisch aus, zeigt
3129 Zielkonflikte auf und kommt mit kooperativen Ansätzen zu tragfähigen Lösungen. Die
3130 ehrenamtlichen Interessenvertretungen und Bürgerinitiativen haben in diesem Prozess eine
3131 verantwortliche Stellung.

3132
3133 Die SPD geht dabei konform mit Zielen der EU-Richtlinien wie Emissionshandel,
3134 Wasserrahmenrichtlinie, erneuerbare Energien, Luftreinhaltung. Die Umsetzung in nationales
3135 Recht erfordert administrativen Sach- und Fachverstand, der auf Bundes-, Landes- und
3136 Kommunalebene eng vernetzt sein muss. Deutschland gilt anderen EU-Ländern als Vorbild
3137 und setzt zukunftsorientierte Maßstäbe.

3138
3139 Eine SPD-Landesregierung wird:

3140
3141 ■ verantwortungsvoll am Schutz von Klima, Umwelt und Natur mitwirken. Dies sichert
3142 Lebensqualität für nachkommende Generationen.

3143
3144 ■ alle EU-Förderinstrumente zur Finanzierung der Maßnahmen im Klima-, Umwelt-
3145 und Naturschutz nutzen.

3146
3147 ■ rechtliche Rahmenbedingungen und Programme bei Fehlentwicklungen wie der
3148 Nitratbelastung im Grundwasser neu fassen, um Langzeitschäden der Ressourcen
3149 auszuschließen.

3150
3151
3152

3153 **4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft**

3154
3155 Die Klimaschutzpolitik der SPD folgt dem ganzheitlichen Ansatz, die weltweite Erwärmung
3156 auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dabei geht es um zwei grundsätzliche
3157 Handlungsfelder: die strategische Ausrichtung zum Schutz des Klimas, um weitere
3158 Klimaschäden zu verringern; und gezielte Anpassungen an den Klimawandel, um die
3159 Lebensqualität und die Wirtschaftskraft zu erhalten.

3160
3161 Eine von der SPD geführte Landesregierung wird:

3162
3163 ■ eine „Agenda Klimaschutz“ mit zwei übergeordneten Zielen auflegen: Bis zum Jahr
3164 2050 sollen die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 90 Prozent
3165 (Vergleichsjahr 1990) und der Primärenergiebedarf um 50 Prozent verringert werden.

3166
3167 Entscheidend dabei ist eine Analyse der Möglichkeiten, die Energieversorgung komplett auf
3168 erneuerbare Energien umzustellen. Gleichzeitig sind Energieeinsparpotenziale zu ermitteln
3169 und Chancen der Energieeffizienzsteigerung umzusetzen. Der Masterplan Klimaschutz wird
3170 für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche gelten – für Energieerzeugung,
3171 Industrie und Handel, Verkehr, Haushalte und Gewerbe. Eine enge Vernetzung des
3172 Masterplans mit den Aktivitäten auf lokaler Ebene wird den Klimaschutz in Niedersachsen
3173 vorbildlich nach vorn bringen.

3174
3175 Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels müssen sich in Niedersachsen an
3176 den „Verwundbarkeiten“ seiner natürlichen und wirtschaftlichen Standortfaktoren ausrichten:

- 3177
- 3178 • Luftreinhaltung und Luftqualität, insbesondere in den Metropolregionen;
 - 3179 • Hochwasserschutz an der Küste und im Binnenland;
 - 3180 • Grund- und Trinkwassermanagement;
 - 3181 • Bodenfunktionen wie CO₂- und Wasserspeicherkapazitäten, Rohstoffe und
3182 Bodenschätze;
 - 3183 • Qualität und Artenvielfalt in Ökosystemen wie Wald, Moore, Grünland;

- 3184
- 3185
- 3186
- Infrastruktur wie Verkehr und Versorgungseinrichtungen;
 - Forst-, Land und Fischereiwirtschaft, Garten- und Obstbau;
 - Naherholung und Tourismus.

3187

3188

3189

3190

3191

3192

3193

3194

Darauf aufbauend wird der Masterplan Klimaschutz regionale Unterschiede erfassen, die Landesraumordnung einbeziehen und den demografischen Wandel berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wird die SPD Klimaschutz mit klaren Vorgaben und konkreten Zielen betreiben, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Niedersachsen zu erhalten.

3192

3193

3194

3195 **5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen**

3196

3197

3198

3199

3200

3201

Umweltschutz als zentrales Politikfeld der Zukunftssicherung ist seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 untrennbar mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden. Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat die Regierung Schröder im Jahr 2002 beschlossen. Für die SPD bleibt Nachhaltigkeit der Leitgedanke für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Ausrichtung.

3202

3203

3204

3205

3206

Im Umweltschutz sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaft mittlerweile etwa 1,8 Millionen Menschen beschäftigt. Das entspricht heute etwa 4,5 Prozent aller Beschäftigten und ist mit der Prognose verbunden, dass in diesem Sektor überdurchschnittliche Zuwächse zu erwarten sind.

3207

3208

3209

3210

3211

3212

3213

Neben den klassischen Schutzgütern des Ökosystems wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt hat die staatliche Umweltpolitik alle Auswirkungen gesellschaftlicher Lebensformen wie Lärm, Abfall und Atommüll zu erfassen. Besonders Einflüsse, die sich langfristig auf Gesundheit und Umwelt auswirken, sind zu bewerten. Die Entwicklung des technischen Umweltschutzes ist wichtig, um negative Auswirkungen von Emissionen und Immissionen zu verringern oder zu vermeiden.

3214

3215

Eine SPD-Landesregierung wird:

3216

3217

3218

3219

- dafür sorgen, dass die Umweltberichterstattung über die Erfassung von ökologischen Daten und Fakten bis zur strategischen Entwicklung des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes und der Energiewende sichergestellt wird.

3220

3221

3222

3223

3224

- einen „Umweltpakt“ mit Industrie und Wirtschaft schließen, um vorsorgenden Umweltschutz und Vermeidung künftiger Umweltbelastungen zu erreichen. Der Pakt soll auf freiwilliger Basis der Stärkung der Eigenverantwortung dienen und in den Betrieben zur Verbesserung der Umweltqualität und zu Kostenreduzierungen führen.

3225

3226

3227

3228

- ein strategisches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms der EU erarbeiten, das sich gegenwärtig im Konsultationsprozess befindet und 2013 in Kraft treten wird.

3229

3230

3231

3232

3233

- einen Förderfonds „Umweltbildung – Verantwortung für die Zukunft“ auflegen, an dem sich Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaften beteiligen sollen. Ziel ist es, gemeinsam über verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen zu informieren.

3234

3235

3236

3237

Mit diesen Projekten wird das Land Niedersachsen seine Vorreiterrolle im Umweltschutz zurückgewinnen und die Zukunftssicherung für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit gewährleisten.

3238

3239

3240
3241
3242
3243
3244
3245
3246
3247
3248
3249
3250
3251
3252
3253
3254
3255
3256
3257
3258
3259
3260
3261
3262
3263
3264
3265
3266
3267
3268
3269
3270
3271
3272
3273
3274
3275
3276
3277
3278
3279
3280
3281
3282
3283
3284
3285
3286
3287
3288
3289
3290
3291

6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“

Intakte Ökosysteme bilden die Grundlage zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten. Sie üben Schutzfunktionen aus und stellen kostenfreie Leistungen zur Verfügung. So mindern Auelandschaften Hochwassergefahren und nehmen Stickstofffrachten auf. Gehölze und Wälder filtern Schadstoffe aus der Luft, binden CO₂, erzeugen Sauerstoff und tragen zum Lärmschutz bei. Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist genauso wertvoll wie die Grundwasserneubildungsraten durch intakte Moore, Feuchtgrünländer oder durch Wälder. Dies spart Kosten einer technischen Aufbereitung des Trinkwassers.

Niedersachsen besitzt mit 38 Prozent den höchsten Anteil an Moorböden in Deutschland. Ressourcensparender Umgang und nachhaltiger Klimaschutz muss dabei kurzfristigen Vermarktungsstrategien wie Torfabbau und Landwirtschaft Grenzen setzen. Moorböden sind ein bedeutender Speicher von Kohlenstoff. Die vielfältigen Naturlandschaften mit ihren Erholungs- und Freizeitfunktionen stellen schließlich einen bedeutenden Standortfaktor für Naherholung und Tourismus dar.

Die SPD wird für die Naturschutzpolitik die Partnerschaft von Wirtschafts- und Sozialpartnern suchen. Dabei ist sie auch auf bürgerschaftliches Engagement der Umwelt- und Naturschutzverbände angewiesen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- mit dem Plan „Naturkapital Niedersachsen“ den vielfältigen Wert der Natur und ihrer Dienstleistungen zusammenfassen. Ziel ist es, die Beziehungen von Industrie und Wirtschaft zu den Ökosystemen darzulegen. Hieraus können Strategien abgeleitet werden, die die Risiken für biologische Vielfalt (Biodiversität) und Ökosystem mindern.
- eine „Strategie der Biologischen Vielfalt Niedersachsen“ in Analogie zur Nationalen Strategie der Bundesregierung von 2007 auflegen. Die Strategie formuliert eine konkrete Zukunftsvision und legt für alle Themen der biologischen Vielfalt Qualitäts- und Handlungsziele fest.
- in den EU-Förderprogrammen gemeinsame Nutzungsformen mit der Land-, Forst- Fischerei- und Wasserwirtschaft erarbeiten, um zum Schutz der biologischen Vielfalt beizutragen. Kooperationen für die Ziele des Naturschutzes sind unerlässlich.
- im Landesraumordnungsprogramm den Schutz der Moore mit Maßnahmenplänen zur Wiedervernässung der Hoch- und Niedermoore verankern.
- die Nationalparke und Biosphärenreservate stärken. Sie genießen höchsten Schutz in den Regionen durch Entwicklung des internationalen und nationalen Tourismus dar.
- die Einrichtung von Biologischen Stationen in geeigneten Trägergemeinschaften mit Kommunen und Umweltverbänden modellhaft unterstützen.
- das Naturschutzrecht als eigenständiges Fachrecht EU- und zukunftsgerecht ausbauen und als rechtliche Grundlage gleichwertig zu anderen Fachrechten erhalten.